

Vom "Kampf um die Begriffe"

Die "Junge Freiheit" – zentrales Medium im Netzwerk der "Neuen Rechten"

von Lisa Rosa

Ritter der Meinungsfreiheit

"Danke! 1.500 Unterzeichner sorgen mit dem 'Appell für die Pressefreiheit' gegen die von der Leipziger Buchmesse ausgesprochene politisch motivierte Ausladung der Wochenzeitung 'JUNGE FREIHEIT' für den Durchbruch".

So jubelte die "Junge Freiheit" am 17. Februar 2006 und warb sogleich um Spenden zur Finanzierung ihrer Anzeigenkampagne in der FAZ und der Süddeutschen Zeitung. Die Investition hatte sich gelohnt, denn die als rechts bekannte Wochenzeitung konnte sich nach dieser Aktion nicht nur den Messebesuchern schließlich doch noch mit eigenem Stand und Kundgebung präsentieren, sondern hatte darüber hinaus auch noch ein Gefecht gewonnen im "Kampf um die Köpfe"¹ (NPD), der im Jargon der "Neuen Rechten" um die "Junge Freiheit" "Kampf um die Begriffe"² lautet. Mehr als eine Woche lang war die "Junge Freiheit" Gespräch in allen Medien gewesen, nachdem die Messeleitung nach der Ankündigung des Blattes, am Messestand ihr 20jähriges Bestehen durch eine Kundgebung zu feiern, deren Akkreditierung gekündigt hatte.³ Dadurch hatte die Zeitung zum wiederholten Male die Gelegenheit erhalten, der Öffentlichkeit mit einer Protestnote "für die Pressefreiheit" eine lange Liste "unbescholtener", vorwiegend männlicher Prominenz aus Politik, Verwaltung, Militär, Presse, Wirtschaft und Wissenschaft – zu einem erheblichen Teil "a.D.", "i.R." oder "em." – zu präsentieren, die ihr damit nicht nur ein demokratisches Unbedenklichkeitszeugnis ausgestellt, sondern zugleich auch die Märtyrerpose "politisch verfolgt" bestätigt hatten.

Dabei fanden sich nur die seit Jahren bekannten Unterstützer der Jungen Freiheit im Protest gegen den angeblichen "Grundrechtseingriff" zusammen, darunter der ehemalige BDI-Vorsitzende Hans-Olaf Henkel, die rechten Historiker Arnulf Baring und Ernst Nolte, der ehemalige Generalbundesanwalt Alexander von Stahl und die Verleger Jobst Siedler, Herbert Fleissner (Inhaber der ultrakonservativen Verlage Langen-Müller, Herbig und Universitas), sowie Götz Kubitschek, Eigentümer des geschichtsrevisionistischen und antisemitischen Verlags "Edition Antaios", die CSU-Abgeordneten Peter Gauweiler und Norbert Geis, die Autoren Eckhard Henscheid, Franz Alt, Rolf Hochhuth und Jörg Friedrich, sowie Erika Steinbach, Philipp Jenninger und Hans Filbinger – um nur einige zu nennen. Diesmal erweiterte sich die Runde der Unterschreiber jedoch um neue konservative Persönlichkeiten wie den Focus-Herausgeber Helmut Markwort und den Historiker Joachim Fest. Markwort hatte allerdings schon 2001 öffentlich eine Lanze für die Hoffähigkeit der JF gebrochen: *"Ich sehe eine Tendenz, dass man rechte Positionen immer mit rechtsextremen in einen Topf wirft. (...) Für mich ist die JUNGE FREIHEIT ein Medium, das innerhalb des demokratischen Systems steht (...). Der Verfas-*

¹ "Kampf um die Köpfe - Kampf um die Straße - Kampf um die Parlamente - Kampf um den organisierten Willen" (NPD-Vorsitzender Udo Voigt in seiner Rede auf dem NPD Bundesparteitag am 30./31. 10. 2004) ist die aktuelle "Vier-Säulen-Strategie" der NPD, vgl.

http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/Verfassungsschutzbericht_2004.pdf, S. 10

² Vgl. u.a. in "Der Kampf um die Begriffe hat begonnen. Nationale Identität IV ..." von Michael Wiesberg, JF 38/01 14. September 2001

³ Vgl. die Dokumentation auf der rechten Website <http://www.campodecriptana.de/blog/2006/03/15/480.html>

ungsschutz in NRW beobachtet alles, was nicht auf dem linken Flügel der SPD beheimatet ist."⁴ Joachim Fest bemühte sich auf die Frage nach seinem Motiv um Distanz zu den Inhalten der JF: „Pressefreiheit, sonst nichts. Ich bin mit kaum etwas einverstanden, was die ‚Junge Freiheit‘ schreibt und lese sie auch nicht, aber sie sollen schreiben können, was sie denken.“⁵ Letzterem hätte man sicher sofort zustimmen können, wenn es denn tatsächlich um ein Publikationsverbot gegangen wäre. Verblüffend ist, wie schnell und ungeprüft die Behauptung der JF, es handle sich bei der Ausladung von der Messteilnahme um Pressezensur, von einem renommierten Historiker als Tatsache akzeptiert wird. Denn die Argumentation der Messeleitung, sie habe nur die Kundgebung nicht zulassen, die JF darauf aber nicht verzichten wollen (sowie die Tatsache, dass die JF auf den letzten drei Buchmessen vertreten war), mit der sich die Messeleitung gegen die Interpretation einer politischen Zensur zur Wehr setzte, ist nicht unglaubwürdig, sondern erscheint eher plausibel.⁶

Die FAZ konnte einmal mehr⁷ der JF das demokratische Gütesiegel verpassen: *„Die Zeitung steht rechts von der Mitte, aber als rechtsextremistisch wird man sie, zu deren Interviewpartnern gute Sozialdemokraten wie Egon Bahr oder der kürzlich verstorbene Peter Glotz gehörten, nicht bezeichnen wollen.“*⁸

Jürgen Gansel, medienpolitischer Sprecher der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag, nutzte die Gunst der Stunde, um sich in einer kleinen Anfrage über die *„halbtotalitären Wirkungsmechanismen der bundesdeutschen Meinungsdictatur, die den Deutschen dreist als ‚Demokratie‘ verkauft wird“*⁹, zu empören. Bei dieser Gelegenheit war auch zu erfahren, wo die JF aus der NPD-Perspektive – übrigens ohne bekannt gewordene Proteste der Vergleichspartner – offiziell eingeordnet wird:

*„Während teilweise gewalttätige Initiativen sogenannter ‚Antifaschisten‘ mit einem eigenen Landesprogramm in Millionenhöhe gefördert werden, sollen andererseits die Stimmen wertkonservativer und im weiteren Sinne rechter Publikationen und Initiativen schon im Ansatz zum Verstummen gebracht werden. Dabei ist die politische Linie der ‚Jungen Freiheit‘ schon eher als vorsichtig bis angepasst zu bezeichnen und die Zeitung in der Nähe von Publikationen wie der ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung‘ und dem ‚Rheinischen Merkur‘ zu verorten.“*¹⁰

In ihrer öffentlichen Selbstdarstellung als "rechtskonservativ"¹¹ oder neuerdings auch als "liberal-konservativ"¹² sowie mit ihrer Behauptung, in Deutschland würde die freie Meinungsäußerung rechter Auffassungen behindert und gleichzeitig würden "linke" Positionen bevorzugt und finanziell gefördert, ist sich die JF mit der NPD einig.

Einer der wichtigsten Vertreter der Neuen Rechten, der regelmäßig in der JF publiziert, Prof. em. für Politikwissenschaften Hans-Helmuth Knütter, von 1985-90 für die CDU Vertreter im Wissenschaftlichen Beirat der Bundeszentrale für politische Bildung und dort als "Extremismusexperte" tätig, formuliert 2001 in der JF ganz ähnlich wie Gansel in einem Artikel mit der

⁴ "Tagesspiegel" vom 02.02.01

⁵ <http://www.tagesspiegel.de/kultur/archiv/10.02.2006/2344150.asp>

⁶ Vgl. http://www.leipziger-messe.de/LeMMon/buch_web ger.nsf/frames?OpenPage&Code=0x00x0x : "Die diesjährige Teilnahme wurde dem Verlag [JF] wegen der von ihm selbst schriftlich angekündigten Sonderveranstaltungen auf der Leipziger Buchmesse versagt, nicht wegen seiner politischen Grundausrichtung (...) Jede Behauptung, die Leipziger Messe GmbH habe Ausstellern aus politischen oder ideologischen Gründen die Zulassung zur Leipziger Buchmesse versagt, ist falsch. Dies gilt auch und insbesondere für den Verlag Junge Freiheit, der bereits drei Mal Aussteller auf der Leipziger Buchmesse war."

⁷ Der Werbeflyer der JF kann schon seit Jahren mit der Zuschreibung der JF durch die FAZ als "Die konservative Wochenzeitung aus Berlin" aufwarten.

⁸ FAZ, 9.2.2006

⁹ http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra_startseiten/presse.html

¹⁰ ebenda

¹¹ Vgl. BVerfG-Urteil http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20050524_1bvr107201.html

¹² Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Stein

Überschrift "Gegen einen neuen Totalitarismus", in der Berliner Republik bestünde eine "institutionalisierte linke Meinungsführerschaft", und "Linksextremen" sei es gelungen, "an 'Staatsknete' heranzukommen", während "Willkür und Verfassungsverstöße, die sich gegen 'Rechte' richten", gebilligt würden und zunehmen.¹³

Die Absicht der Leipziger Messeleitung, sich mit der Ausladung der Zeitung die wegen der Kundgebung zu erwartenden Störungen durch Gegendemonstranten und damit verbundene lästige "Sicherheitsprobleme" von vorneherein vom Halse zu halten, ist offensichtlich und verständlich, zeugt jedoch von Naivität und Kurzsichtigkeit. Denn man hätte aus den Erfahrungen mit der Jungen Freiheit oder auch mit der NPD in den letzten Jahren durchaus vorhersehen können, dass der Vorgang wieder nach dem Muster ablaufen würde: Man will im Stillen und mit administrativen Maßnahmen "ein Problem" entsorgen und erzeugt damit überhaupt erst das Aufsehen, das man doch gerade vermeiden wollte.

Ein zweiter Vorgang, der in der ersten Jahreshälfte 2006 seinen anscheinend endgültigen Abschluss fand, zeugt ebenfalls von der begrenzten Wirksamkeit derjenigen Instrumente, auf die man sich in der Bundesrepublik bei der Abwehr rechtsextremer Ideologie bisher verlassen hat: die Beobachtung durch die Verfassungsschutzämter, die Publikation der Befunde in deren Jahresberichten und die juristischen "Lösungen". Im Unterschied zum missglückten Versuch eines NPD Verbots im Jahre 2005 war die juristische Auseinandersetzung im Falle der JF jedoch durch diese selbst angestoßen worden: Das Landesamt für Verfassungsschutz in NRW hatte (ebenso wie das Landesamt in Baden-Württemberg) seit 1995 die Junge Freiheit beobachtet und in ihren Jahresberichten mit ausführlicher Begründung und entsprechenden Zitaten aus Artikeln der Zeitung in der Kategorie 'Rechtsextremismus' eingeordnet¹⁴. Die JF begab sich daraufhin in einen jahrelangen Rechtsstreit mit einer Unterlassungsklage gegen das Land NRW zunächst beim Verwaltungsgericht Düsseldorf. Sie wurde durch den ehemaligen Generalbundesanwalt Alexander von Stahl vertreten. Der legte nach der Abweisung der Klage durch das Verwaltungsgericht 1997 und der Zurückweisung eines Berufungsantrags durch das OVG 2001 erfolgreich Verfassungsbeschwerde beim BVerf.G ein, das 2005 die Entscheidung des Verwaltungsgerichts aufhob und die Klage der JF zur Neuverhandlung nach Düsseldorf zurückgab. Begründung:

"Der Verlag und die Redaktion der "Jungen Freiheit" werden durch die Erwähnung in den Verfassungsschutzberichten zwar nicht daran gehindert, die Zeitung weiter herzustellen und zu vertreiben sowie auch zukünftig Artikel wie die beanstandeten abzudrucken. Ihre Wirkungsmöglichkeiten werden jedoch durch den Verfassungsschutzbericht nachteilig beeinflusst. Potenzielle Leser können davon abgehalten werden, die Zeitung zu erwerben und zu lesen, und es ist nicht unwahrscheinlich, dass etwa Inserenten, Journalisten oder Leserbriefschreiber die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht zum Anlass nehmen, sich von der Zeitung abzuwenden oder sie zu boykottieren. Eine solche mittelbare Wirkung der Verfassungsschutzberichte kommt einem Eingriff in das Kommunikationsgrundrecht gleich."¹⁵

Damit war keineswegs ein Urteil darüber gesprochen, ob die JF rechtsextrem ist oder nicht. Das BVerf.G hielt jedoch die Feststellung der Verfassungsfeindlichkeit, die zu einer Einschränkung der Pressefreiheit nötig wäre, für nicht korrekt begründet:

¹³ Hans-Helmuth Knütter, in: JF 21/01 18. Mai 2001

¹⁴ Im Jahresbericht des Landesamtes für Verfassungsschutz NRW heißt es beispielsweise: "Die Berliner Wochenzeitung 'Junge Freiheit' (JF) ist einer um Intellektualisierung bemühten geistigen Strömung innerhalb des Rechtsextremismus zuzurechnen, die vielfach als 'Neue Rechte' bezeichnet wird. Diese Facette des Rechtsextremismus vertritt (...) antiliberalen, antidemokratischen, revisionistischen und nationalistischen Ideen. Gelegentlich greifen Publizisten der Neuen Rechten auch auf Ideengeber des italienischen Faschismus zurück. Hauptangriffsziele der Neuen Rechten sind die Ideale und Ergebnisse der Epoche der Aufklärung."

(http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/Verfassungsschutzbericht_2003.pdf, S. 94)

¹⁵ http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20050524_1bvr107201.html

*"Die "Junge Freiheit" ist nach eigener Einschätzung rechtskonservativ, veröffentlicht aber im rechten Spektrum Artikel höchst unterschiedlicher Autoren mit unterschiedlichen Anliegen. Darunter sind zum Teil auch Artikel von prominenten konservativen Politikern und Schriftstellern, die nicht im Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen stehen. Es bedürfte also besonderer Anhaltspunkte dafür, warum die Redaktion sich nicht mit diesen Artikeln, wohl aber mit den von den Gerichten herangezogenen Beiträgen identifiziert, oder aber dafür, dass sie sich dieses Spektrums von Meinungen nur bedient, um in einem solchen Umfeld verfassungsfeindliche Beiträge plazieren [sic!] und der Öffentlichkeit besser vermitteln zu können."*¹⁶

Dass hier eine erfolgreiche Strategie der JF benannt wurde, ist offenkundig, auch wenn einen solchen Nachweis im juristischen Sinne zu erbringen, kaum möglich scheint.

Das oberste Verfassungsgericht bemängelte denn auch, dass das Landesamt NRW die JF *"ohne jede Differenzierung in der Gliederung oder in den Überschriften des Berichts auf die gleiche Stufe gestellt [hat] wie Gruppen, für die sie verfassungsfeindliche Bestrebungen festgestellt hat."* Im nächsten Satz macht das BVerf.G jedoch ein Angebot: *"Es könnte ein milderes Mittel sein, durch die Gestaltung des Berichts eindeutig klar zu stellen, dass die verfassungsfeindlichen Bestrebungen keineswegs festgestellt sind."*¹⁷

Am 23.06.06 kam es zu einem Vergleich vor dem Düsseldorfer Verwaltungsgericht und am 11.7. fand analog ein Vergleich mit dem Landesamt Baden-Württemberg statt. In der Pressemitteilung des Innenministeriums NRW heißt es dazu: *"Übereinstimmend sah man keinen Bedarf, mehr als zehn Jahre alte Ausführungen des Verfassungsschutzes NRW zur JF an den aktuell vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Maßstäben zu messen."*¹⁸

Offenbar war es unter den "aktuell aufgestellten Maßstäben" aussichtslos, auf juristischem Wege über das Label "rechtsextrem" für die Junge Freiheit entscheiden zu lassen, und so ließen die Innenministerien NRW und BW realistischerweise ganz die Finger davon. Zwar hatte die Zeitung ihrerseits mit dem Urteil des BVerf.G auch keine Unbedenklichkeitsbescheinigung erhalten, aber immerhin die Nichterwähnung ihres Mediums aus zukünftigen Verfassungsschutzberichten erstritten. Dies und der von der JF und ihren Unterstützern zum "Kampf für die Pressefreiheit"¹⁹ im Allgemeinen stilisierte Gerichtsstreit taugte jedoch allemal für die breite Öffentlichkeit als Persilschein. Die Junge Freiheit feierte ihren "Sieg" denn auch mit einem längst vorbereiteten Buch von Alexander von Stahl, "Kampf um die Pressefreiheit. Chronologie eines Skandals", das seither als "aufsehenerregendes" Begrüßungsgeschenk auf jeden neuen Abonnenten wartet. Mit Ablauf eines Probeabonnements erhält man vom Chefredakteur Dieter Stein nach diesen beiden Gefechtssiegen einen Brief mit der eindringlichen Werbung, dem Blatt – der Demokratie wegen – die Stange zu halten:

"Bedenken Sie: Demokratie braucht Meinungsfreiheit. Die JUNGE FREIHEIT leistet einen wichtigen Beitrag, daß das ganze Meinungsspektrum zu Wort kommt. Mit Ihrem Abonnement sichern Sie ein Stück Meinungsfreiheit in Deutschland.. (...) Sie gewinnen nicht nur eine interessante Lektüre, Sie haben auch Teil an einem der aufregendsten und heiß diskutiertesten [sic!] Zeitungsprojekte Deutschlands!"

¹⁶ ebenda

¹⁷ ebenda

¹⁸ http://www.im.nrw.de/pm/230606_907.html

¹⁹ Dieter Stein erklärte nach dem Vergleich mit NRW in einer Pressemitteilung der JF am 27. 6. 2006 den Rechtsstreit zum "größte(n) und schwerwiegendste(n) Eingriff in die Pressefreiheit, den es in der bundesdeutschen Pressegeschichte gegeben hat"; Herbert Kremp, ehemaliger Chefredakteur und Herausgeber der "Welt", zweifacher Träger des renommierten Theodor-Wolff-Journalisten-Preises und Unterzeichner des "Appells für die Pressefreiheit", soll gegenüber der JF kommentiert haben: „Es ging nicht um einen Irrtum und um Gerechtigkeit allein. Jede gewonnene Schlacht für die Pressefreiheit ist ein Sieg des Rechtsstaates. Aber höchstrichterliches Wort war erforderlich, bis man das in der ideologischen Niederung einsah.“ (Pressemitteilung der JF vom 27.6.06)

Ebenso wie das gescheiterte NPD-Verbot erwiesen sich die benannten Versuche zur Bekämpfung rechtsradikaler Aktivitäten als nicht nur wirkungslos, sondern als nachgerade kontraproduktiv.

Eine Strategie der Rechten scheint damit aufgegangen zu sein.

Wer ist diese "Junge Freiheit", die beständig für Wirbel in den Medien sorgen und mehrere Verfassungsschutzämter, Verwaltungsgerichte und schließlich das Bundesverfassungsgericht jahrelang – für ihre eigenen Zwecke am Ende erfolgreich – beschäftigen kann? Welche politischen Ziele verfolgt diese Zeitung, für welche Meinungen streitet sie um "Freiheit", wer sind ihre Autoren, wer unterstützt sie, wessen Medium ist sie? Und schließlich: Ist sie gefährlich, und wenn ja, warum? Und wie könnte ein adäquater Umgang damit aussehen?

Diesen Fragen wird im Folgenden nachgegangen.

Geschichte der Jungen Freiheit

Die ersten Ausgaben der Junge Freiheit erschienen ab 1986 als 8-seitige politische Schülerzeitung des 19-jährigen Dieter Stein in zweimonatiger Folge mit 400 Exemplaren im DIN-A5-Format in Freiburg. Dieter Stein studierte von 1989 bis 1996 Politik- und Geschichtswissenschaften an der Universität Freiburg. Er ist Mitglied der Hochschulgilde Balmung.²⁰ Zunächst war Stein Mitglied der Jungen Union, später trat er zu den Republikanern über.

Ab 1988 wurde die JF auf 12 DIN-A4-Seiten erweitert, und die Auflage von 2000 Exemplaren wurde in mehreren Universitätsstädten gratis unter Studenten verteilt. Im selben Jahr wurde ein gemeinnütziger Herausgeberverein "Förderverein zur Wiedervereinigung Deutschlands Unitas Germanica e.V." gegründet. 1990 erschien die JF im Berliner Zeitungsformat und gelangte bundesweit in monatlicher Erscheinungsweise in den Zeitschriftenhandel. Nach eigenen Angaben hatte sie jetzt eine Auflage von 30.000 Exemplaren. Der "Junge Freiheit Verlag GmbH" wurde gegründet. 1991 wurde der Name des Herausgebervereins in "Verein zur Förderung der Toleranz auf dem Gebiet des Völkerverständigungsgedankens bei allen Deutschen Unitas Germanica e.V." geändert. 1992 übernahm die JF die Abonnenten der Republikanerzeitung "Berliner Nachrichten", die nach einer gemeinsamen Übereinkunft eingestellt wurde. Der Chefredakteur der "Berliner Nachrichten" wurde in die Redaktion der JF übernommen. Im gleichen Jahr löste die "Junge Freiheit Verlag GmbH" die "Unitas Germanica" als Herausgeberin ab. 1993 zogen Redaktion und Verlag von Freiburg in die Hauptstadt um. Mit einer Kampagne warb Stein um die "Erweiterung unserer Kapitalbasis auf 2 Millionen DM". Seit 1994 erscheint die JF als Wochenzeitung.

1995 zogen Redaktion und Verlag von einem Zwischenaufenthalt in Potsdam in das "Mossezentrum"²¹ im Berliner Zeitungsviertel. 1995 übernahm Günther Zehm, ehemaliger Feuilleton-Chef und stellvertretender Chefredakteur der Welt, seit 1993 Honorarprofessor für Philosophie an der Universität Jena, die wöchentliche Kolumne in der JF ("Pankraz"), die vorher zwanzig Jahre in der Welt und im Rheinischen Merkur erschienen war. 1996 setzte die JF ihre Kampagne "Politische Korrektheit stoppen!" in Gang. Seither ist die Legende von der politischen Verfolgung "wertkonservativer" Auffassungen zum Dauerthema der JF geworden. Gleichzeitig distanzierte sich die JF von ihren "Leserkreisen", "nachdem deren Aktivitäten

²⁰ <http://www.dhg-westmark.de/FREIBURG.HTM>

²¹ Das Mossezentrum ist nach dem jüdischen Verleger Rudolf Mosse benannt, der Ende des 19. Jahrhunderts den ersten deutschen Großverlag gründete (Berliner Morgenpost, Berliner Tagesspiegel). Kurz nach der Machtübertragung an den Nationalsozialismus wurde die Familie Mosse enteignet und der Konzern zerschlagen, die Familie Mosse musste fliehen.

wegen allzu offensichtlicher extrem rechter Tendenzen immer wieder zu Skandalen führen".²² Ersatzweise erfolgte die Gründung eines Vereins "Freunde der Jungen Freiheit" zur finanziellen und ideellen Unterstützung der Zeitung. 1997 musste die JF ihre Räume im Mosse-Zentrum aufgeben, nachdem ihr der Mietvertrag gekündigt worden war, "als der neue Mieter öffentlich bekannt wurde"²³. Für 1999 verkündet der Werbe-Flyer der JF in einer kurzen Geschichts-Übersicht stolz, dass die JF "zunächst als einzige überregionale Zeitung die ... Rechtschreibreform (boykottiert) und bei der traditionell bewährten Rechtschreibung (bleibt). Die FAZ wird ein Jahr später dem Beispiel der JF folgen."

Dieter Stein, seit 1996 Geschäftsführer der "Junge Freiheit Verlag GmbH" und nach wie vor Chefredakteur, behauptet, pro Woche eine Auflage von 18.000 Stück zu verkaufen, 3000 davon am Kiosk. "Ob das stimmt, lässt sich schwer beurteilen. Denn der offiziellen Auflagenkontrolle IVW ist die JF nicht angeschlossen. Laut Stein ist der Durchschnittsleser männlich und knapp vierzig Jahre alt. Wo er sich politisch zu Hause fühlt, habe der Verlag natürlich auch abgefragt, räumt der Chefredakteur auf Nachfrage ein: Die Unionswähler seien die größte Gruppe. Zur Begeisterung seiner Leserschaft für andere Parteien schweigt Stein lieber: "Das ist eine intime Sache." Ähnlich intim findet Stein offenbar auch Fragen nach den Finanzquellen des Medienunternehmens. In den letzten Jahren, so Stein, war zum Teil jeder fünfte Euro, den der Verlag ausgab, gespendet. Von wem die milden Gaben kamen, verrät (er) (...) aber nicht."²⁴

Das "Gesicht" der Jungen Freiheit

Die wöchentliche Ausgabe der Junge Freiheit ist eine Mischung aus Beiträgen eines intellektuell eher blässlichen Redaktionsteams (Dieter Stein, Thorsten Thaler, Matthias Bäcker, Moritz Schwartz, Marcus Schmidt, Jörg Fischer, Curd-Torsten Weick u.a. – zumeist Absolventen eines Politik-, Geschichts- oder BWL-Studiums, alle aus den Geburtsjahrgängen der 60er und 70er Jahre²⁵ – und regelmäßigen Beiträgen von oder Interviews mit prominenten Ideologen der Neuen Rechten (Alain de Benoist, Armin Mohler, Karlheinz Weißmann, Klaus Hornung vom Studienzentrum Weikersheim, Meinhard Miegel) sowie Beiträgen der Stammautoren Franz Alt, Heinrich Lummer, Andreas Mölzer (FPÖ), Günther Rohrmoser, Peter Scholl-Latour, Wolf-Jobst Siedler, des ehemaligen stellvertretenden Chefredakteurs der Tageszeitung "DIE WELT" Günther Zehm, des Prof. em. für Politikwissenschaft der Universität Bonn Hans-Helmuth Knütter, und anderer mehr. Gelegentliche Beiträge der gewendeten "Altlinken" Horst Mahler, Günther Maschke²⁶ und Bernd Rabehl als Gastautoren und Gesprächspartner runden auf dem rechtsextremen Sektor das Spektrum ab.

Eine besondere Rolle nimmt das wöchentliche Interview ("im Gespräch") ein. Interviewt werden nicht nur Vertreter des gesamten rechten Spektrums; Interviews fanden bisher auch mit einigen prominenten rechten Sozialdemokraten wie Egon Bahr und Peter Glotz statt, wie auch regelmäßig mit Vertretern der extremen Rechten, wie den Vorsitzenden der NPD und den Republikanern, mit Vertretern der Deutschen Burschenschaften sowie der Vertriebenen-

²² Martin Dietzsch, Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn, Alfred Schobert, Nation statt Demokratie. Sein und Design der "Jungen Freiheit", Münster 2004, S. 71

²³ ebenda, S. 70

²⁴ Taz, 1.6.2006, Astrid Geisler zum 20-jährigen Jubiläum der JF

²⁵ Vgl. "Die Redaktion stellt sich vor" JF 22/06 26. Mai 2006

²⁶ Maschke lehnt es z.B. ab, sich von den Schlägertrupps der Neonazis abzugrenzen, weil man einen gemeinsamen Feind habe: „Dieses Land kämpft darum, seine eigenen Interessen nicht mehr formulieren zu dürfen. Der Widerstand dagegen könnte sich ausweiten und intelligenter werden, wobei ich allerdings mit Blick auf das verfügbare Personal skeptisch bin. Deshalb müssen schon die Ansätze rasiert werden. [...] Und ich werde mich deshalb auch nicht abgrenzen. Nicht weil es keine Unterschiede gebe, sondern weil die falschen Leute dazu auffordern und man das außerdem nicht vor den Ohren des gemeinsamen Feindes tut (JF 35/2000, S. 7).

verbände. Zuweilen kamen auch Interviews mit Repräsentanten des Zentralrats der Juden in Deutschland (Charlotte Knobloch, Michel Friedman) sowie mit Vertretern der internationalen "Linken" zustande, wie etwa mit der Schriftstellerin Arundhati Roy, dem Gründer von Gush Shalom Uri Avnery, dem Begründer der Friedens- und Konfliktforschung Johan Galtung, dem Friedenspreisträger Alfred Grosser und den linken Globalisierungskritikern Michael Hardt und Jean Ziegler. Auf jedes dieser Interviews mit einem Prominenten außerhalb des rechten Spektrums wird zudem in einer Pressemitteilung besonders hingewiesen, und in jeder Ausgabe wird die gesamte Liste der bisherigen prominenten Interviewpartner als Referenzliste veröffentlicht. Regelmäßig führen diese Interviews – zuletzt dasjenige mit dem Schriftsteller Rolf Hochhuth²⁷ – zu öffentlichen Skandalen.

Das Gesicht einer Zeitung spiegelt sich nicht nur in den Textbeiträgen und in der Autorenschaft der Beiträge. Martin Dietzsch befindet in seiner Untersuchung "Junge Freiheit – das Blatt und sein Milieu":

"Wie man hört, sollen sich die großen Zeitungen zu etwa 2/3 aus dem Anzeigengeschäft finanzieren. Das Anzeigenaufkommen ist hier ein Gradmesser für den wirtschaftlichen Erfolg. Untersucht man unter diesem Aspekt die 'Junge Freiheit', wird man schnell feststellen, dass hier alles ein wenig anders ist. (...) Zwar findet man zahlreiche ganzseitige Anzeigen. Schaut man aber genauer hin, wird man feststellen, dass es sich fast durchweg um Eigenwerbung handelt: Abo- und Unterschriftenkampagnen der JF, Werbung für den hauseigenen JF-Buchdienst und Anzeigen des Unterstützervereins 'Freunde der Jungen Freiheit'. So wird der optische Eindruck einer 'richtigen' Zeitung erzeugt, und nebenbei füllt man auf diese Weise Platz, der ansonsten mit redaktionellen Artikeln vollgeschrieben werden müsste. (...) Es kann davon ausgegangen werden, dass die Auftraggeber der Anzeigen überwiegend selbst zur Leserschaft der JF gehören und erwarten, auf diesem Wege Kontakt zu Gleichgesinnten aufnehmen zu können. Auch wenn die Anzeigen nicht in die unmittelbare redaktionelle Verantwortung fallen, spiegeln sie recht präzise das politische Milieu wider, in dem sich die 'Junge Freiheit' bewegt."²⁸

Nach Martin Dietzsch erschienen in der JF allein im Jahre 2002 insgesamt allein 34 Kleinanzeigen der Republikaner. Die JF betreibt außerdem eine eigene Anzeigenrubrik zur Mitgliederwerbung von Burschenschaften, in dieser Rubrik erschienen 2002 insgesamt 37 Kleinanzeigen – wie etwa die Anzeige der rechtsextremen Hamburger Burschenschaft "Germania – garantiert politisch unkorrekt". Ein Großteil der Anzeigen sind Werbeanzeigen rechter und ultrarechter Verlage, wie diejenigen Herbert Fleissners, oder für Zeitschriften der extremen Rechten, wie "Nation & Europa" und die Zeitung der soldatischen Traditionsverbände "Kameraden. Die Zeitschrift für alte und junge Soldaten" und andere mehr. "Todesanzeigen als politische Demonstration" nennt Dietzsch mit Recht die seit dem Jahre 2002, dem 60. Jahrestag der Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad, beliebt gewordene Praxis, in der JF Privatanzeigen zum Gedenken an beim "Unternehmen Barbarossa" umgekommene Wehrmachtssoldaten zu schalten – selbstverständlich mit dem Wehrmachtsskreuz geschmückt sowie mit Botschaften ausgestattet wie: *"Das ehrenvolle Gedenken an die starke und opferbereite Vätergeneration ist uns Vermächtnis. Ewig ist der Toten Tatenruhm und wird richten, wer sich böswillig vergreift an den Toten."*²⁹

Die Junge Freiheit ist trotz ihrer erfolgreichen Verschleierungsstrategie ideologisch im Feld der "Neuen Rechten" einzuordnen, da regelmäßige Beiträge von und Interviews mit den wich-

²⁷ Vgl. z.B. http://www.zeit.de/2005/09/Spitze_9

²⁸ in: Nation statt Demokratie, a.a.O., S. 46

²⁹ ebenda, S. 55

tigen Vertretern der Neuen Rechten einen wesentlichen Teil der Veröffentlichungen nicht nur in der Wochenzeitung selbst, sondern auch in dem ihr angeschlossenen Buchversand der JF³⁰ bilden. Neben Publikationen aus dem eigenen Verlag (Edition JF), z.B. dem "Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert", einem Grundsatzwerk der französischen Rechten "Nouvelle Droite" von Alain de Benoist und dem "Standardwerk" der Neuen Rechten in Deutschland "Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932" von Armin Mohler sowie Publikationen von Karlheinz Weißmann, dem inzwischen profiliertesten deutschen Ideologen der Neuen Rechten, vertreibt der JF-Buchdienst online, jedoch auch die in anderen Verlagen erschienenen Schriften konservativer Wissenschaftler, Ideologen, Politiker und Journalisten wie Paul Kirchhof, Frank Schirrmacher, Christa Meves, Paul Nolte, Walter Kempowski, Kurt Biedenkopf, Matthias Matussek, Norbert Bolz, Udo di Fabio, Jobst Siedler, Joachim Fest, Hans-Werner Sinn. Dort werden außerdem die Bücher von Norman Finkelstein („Holocaustindustrie“) und „Israel Shamir“³¹ vertrieben, einem zum Katholizismus konvertierten Israeli, dessen radikale „Israelkritik“ – einer generellen Ablehnung der Existenzberechtigung des Staates Israel – sich in den bekannten antisemitischen Stereotypen formuliert.

Der Buchdienst der FJ enthält dabei dieselbe Mischung wie die Wochenzeitung selbst: Im Zentrum stehen die Auffassungen der "Neuen Rechten" und darüber hinaus werden zu zwei Seiten hin Überschneidungen markiert: mit der konservativen Publizistik einerseits sowie mit rechtsextremen Positionen andererseits.

Die Weltanschauung der JF

Für die Ideologie der Neuen Rechten sind die folgenden Elemente konstitutiv, die auch in der JF propagiert werden:

- Völkischer Nationalismus in der Variante des "Ethnopluralismus",
- Forderung nach einem ethnisch homogenen Nationalstaat – gegen "Überfremdung",
- autoritäres, antidemokratisches Gesellschafts- und Staatsverständnis
- Ablehnung der Prinzipien der Aufklärung: der universalen Gültigkeit der Menschenrechte, des Individualismus, des Liberalismus, des Pluralismus,
- sekundärer Antisemitismus (Antisemitismus nicht TROTZ sondern WEGEN Auschwitz),
- relativierender Geschichtsrevisionismus: formale Distanzierung von den Verbrechen des Nationalsozialismus, die ausschließlich Hitler und der NS-Führung zugeschrieben werden, bei gleichzeitiger Pflege der "Traditionen" der Wehrmacht und deren "patriotischen Aufstands gegen Hitler"³², des Attentats vom 20. Juli 1944,
- revanchistische Züge bezüglich der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs,³³
- Opferperspektive der deutschen Nachkriegsgeschichte:
 - Deutschland als Opfer des "Alliiertendiktats", "Büßernation" zu sein,
 - Deutschland als Opfer des "US-Ostküsten-Imperialismus",
 - innenpolitisch: das deutsche Volk als Opfer eines linken ("politisch korrekten") "Meinungsdiktats" durch das "politische System" und die "System-Medien",
- Forderung nach einer Biopolitik gegen ein "Aussterben der Deutschen",

³⁰ <http://www.jf-buchdienst.de>

³¹ Über den offenbar unter verschiedenen Namen auftretenden Autor, der auch Kontakte zur Neonaziszene in Deutschland pflegen soll, berichtet Ludwig Watzal: <http://www.freitag.de/2006/06/06061502.php>

³² Vgl. Thorsten Hinz in JF 29/05, 15. Juli 2005

³³ Ostdeutschland wird konsequent als "Mitteldeutschland" bezeichnet, vgl. z.B. "Das glückliche Ende einer Flucht" (JF 18/06 28. April 2006)

- Propagierung einer angeblich "natürlichen" patriarchalen Arbeitsteilung.

Das Themenspektrum der JF und der Neuen Rechten insgesamt gruppiert sich um das Kernziel der (Re-)konstruktion einer völkisch verstandenen "nationalen Identität". Diese wird als notwendige und einzig mögliche Reaktion auf die Herausforderungen der zweiten Moderne in einer sich zunehmend globalisierenden Welt behauptet und in fundamentalen Gegensatz zur Politik der Bonner und der Berliner Republik – egal welcher Regierung – gestellt. Die "Neue Rechte" ist ein Sammelbegriff für unterschiedliche Varianten der Rekonstruktion nationalistischer Ideologie nach dem zweiten Weltkrieg, die trotz verschiedener Differenzen in einzelnen Fragen im Wesentlichen eine Reihe gemeinsamer Merkmale aufweisen. Von der "Alten Rechten" - den originalen Nationalsozialisten und den Neonazis – unterscheiden sie sich in der Hauptsache darin, dass sie den deutschen Völkermord an den europäischen Juden zwar weder leugnen noch rechtfertigen, sondern "bloß" relativieren, und ihre Elitekonzeption in einem ambivalenten Verhältnis zum "Mob" der Neonazi-Kameradschaften steht. Auch darin gleicht die Neue Rechte ihrem Vorbild (vgl. unten) der Weimarer Zeit.

Ein zweites Merkmal ist die Selbststilisierung als Verfechter, ja als Vorkämpfer des Rechtsstaats. Tatsächlich schwebt der Neuen Rechten als Ergebnis einer "konservativen Revolution" weder der Rechtsstaat im Sinne des Grundgesetzes noch ein demokratischer Staat überhaupt, sondern ein autoritärer Staat vor. Karlheinz Weißmann, Historiker und Chefideologe der JF und Schüler Armin Mohlers, behauptet z.B.,

"daß eine Gesellschaft nur dann einen Raum für die Freiheit öffnen könne, wenn es einen minimalen Grundkonsens gebe, "einen Zwang, der Gehorsam fordert, ohne die Instrumente der Macht zu präsentieren". Das Funktionieren eines liberalen Staates hänge "ganz und gar von drei illiberalen Bedingungen" ab: "einer aus der Tradition herkommenden Stabilität und Differenzierung ihres Gefüges, dem Konsens über alle Fragen, die der Diskussion entzogen bleiben müssen, und der Bereitschaft einer Mehrheit, sich von einer qualifizierten Minderheit regieren zu lassen und insoweit ihre 'Freiheit' nicht in Anspruch zu nehmen."³⁴

Noch deutlicher wird sein autoritäres Staatsverständnis in der Tradition Carl Schmitts, wenn er in der weltweiten gesellschaftlichen Umbruchsituation der Globalisierung, in der das *"Gemeinwesen Zerfallserscheinungen aufweist (...) die Stunde der Rechten (gekommen sieht), der Staatspartei schlechthin, die die Quelle aller Ordnung kennt, die sich immer aus der Überlieferung legitimiert, eine Elite braucht, die ihre Herrschaft dann ausüben darf, wenn sie sich in der Pflicht gegenüber Gott oder Sittengesetz weiß."*³⁵ Der Staat wird als Sachwalter eines "nationalen Interesses" verstanden, dessen Definition nicht etwa Ergebnis eines demokratischen Aushandlungsprozesses ist, sondern in der "Überlieferung" gründet. Angestrebt wird ein Staat, der von einer selbsternannten "Elite" geführt wird, die die Macht ergreifen "darf", weil sie sich selbst legitimiert "weiß".

Diese "Stunde der Rechten" wird verstanden als "Konservative Revolution" und rekurriert damit explizit auf die gleichnamige antidemokratische Bewegung in der Weimarer Republik, in der Ultrakonservative und Wegbereiter des Nationalsozialismus wie Carl Schmitt, Oswald Spengler, Ernst Jünger, Ernst Niekisch und Klaus Schenk Graf von Stauffenberg einen elitären und autoritären Gesellschaftsentwurf gegen die demokratische Republik propagierten. In der von der Neuen Rechten mit ihrem prominentesten "Vordenker" Armin Mohler bereits seit den 60er Jahren in der Bundesrepublik avisierten – die gesamte Gesellschaft betreffenden – Umwälzung soll nicht nur der in der Bonner und Berliner Republik mühsam errungene Nachkriegskonsens einer verfassungs- und territorialstaatlich begründeten deutschen Nation revi-

³⁴ Ein neuer Nomos der Erde, JF 40/00 29. September 2000

³⁵ zit. n. Nation statt Demokratie, a.a.O, S. 14

diert, sondern die völkische Nationalstaats-Definition wieder zur Grundlage des offiziellen Gesellschafts- und Staatsverständnisses erhoben werden. Eine Anknüpfungsmöglichkeit für die Rekonstruktion völkischer Nationalstaatlichkeit als Abstammungsgemeinschaft findet die Neue Rechte dabei im Grundgesetz, in dem – wie die Autoren der Studie 'Nation statt Demokratie' befinden – "völkische Restbestände [...] verankert wurden und damit Bestandteil des offiziellen Staatsverständnisses blieben. Die Staatsbürgerzuschreibung nach Art. 116GG gilt zum einen für die, die die deutsche Staatsangehörigkeit bereits qua Geburt besitzen, zum anderen für 'Flüchtlinge oder Vertriebene [...] deutscher Volkszugehörigkeit' und deren Ehegatten und Abkömmlinge, soweit diese 'in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden' haben."³⁶ So beziehen sich sowohl das rechts-extreme "Heidelberger Manifest" als auch die NPD mit ihrem völkischen Nationalstaatsverständnis explizit auf das Grundgesetz: Im "Heidelberger Manifest" heißt es:

"Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geht nicht aus vom Begriff der 'Nation' als der Summe aller Völker innerhalb eines Staates. Es geht vielmehr aus vom Begriff 'Volk', und zwar vom deutschen Volk."³⁷ Und auch die NPD will ihrer eigenen Aussage nach "den Verfassungsstaat der BRD zu einem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat vervollkommen, in dem neben der Wahrung der individuellen Menschenrechte auch die Existenzsicherung des deutschen Volkes und die Erhaltung seiner Lebensgrundlagen Verfassungsrang erhalten und dem Staat dementsprechend Schutzfunktion für Volk und Land zugewiesen wird."³⁸

Für die von ihnen selbst euphemistisch als "Ethnopluralismus" (Henning Eichberg) bezeichnete Variante des völkischen Nationalismus der Neuen Rechten ist außerdem kennzeichnend, dass sie sich von der traditionell biologistischen, dumpf rassistischen Definition des Volksbegriffs zwar insofern unterscheidet, als die 'Identität' eines 'Volkes' durch gemeinsame 'Überlieferung' und 'Kultur' in ihrem 'angestammten Territorium' und nicht genetisch begründet wird. Andererseits werden in der kulturalistischen Variante ethnisch festgelegte Zuschreibungen vorgenommen, in denen systematisch die unliebsamen – nämlich demokratischen – Linien und diejenigen Ergebnisse der eigenen Geschichte als nicht kulturzugehörig ausgegrenzt und bekämpft werden, die – wie die Entwicklung zum "Verfassungspatriotismus" (Habermas) als deutsche Variante eines Citoyen-Staatsbürgertums – der spezifisch rechten Definition von "deutscher Kultur" widersprechen. Entnazifizierung und *reeducation* etwa werden als 'Sieger-Oktroy' und Vernichtung der 'deutschen Identität' abgelehnt.

"Darum hat jeder Versuch, die 'nationale Identität' der Deutschen wirklich zu erneuern, davon auszugehen, daß das vorherrschende Selbstbild durch ein anderes ersetzt werden muß. Das hieße an den Ausgangspunkt der Nationalbewegung zurückzukehren, die sich gezwungen sah, überhaupt erst zu entwerfen, was deutsch sein sollte, und davon eine faszinierende und anziehende Vision zu geben."³⁹

Die "faszinierende anziehende Vision" eines 'Deutschtums' besteht für die Neue Rechte in einem Ausschluss all derjenigen, die keine "Abstammungsdeutschen" sind und darum als "Fremde" auch keine deutschen Staatsbürger sein können. So kritisiert Karlheinz Weißmann:

"Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem die Volksvertreter nicht mehr zwischen Volk und Bevölkerung unterscheiden können, das Bürgerrecht für praktisch jeden zu haben ist und ein paar hunderttausend fremde Einwohner mehr kaum jemanden schrecken."⁴⁰

³⁶ ebenda, S. 22

³⁷ zit.n. ebenda

³⁸ zit.n. ebenda, S. 23

³⁹ Karlheinz Weißmann, Nationale Identität, JF 38/2001

⁴⁰ zit.n. Nation statt Demokratie, a.a.O., S. 24

Die Rekonstruktion einer "deutschen Identität" als Antwort auf eine angebliche Dekadenz der deutschen Gesellschaft durch die Aufzehrung der *"natürlichen Substanz des Volkes"*⁴¹ besteht nicht nur in einer Zurückweisung aller demokratischen und liberalen Elemente der eigenen Geschichte – die generell als "links" gelten –, sondern auch in der Ablehnung individueller differenzierter Lebensentwürfe, in der Ablehnung des Kriegsdienstverweigerungsrechts, in der Ausgrenzung von Homosexualität, in einer aktiven Biopolitik zur Aufforstung der "Substanz"⁴² sowie in der offensiven Reklamierung einer Rückkehr zum Patriarchat und zur traditionellen Arbeitsteilung der Geschlechter⁴³.

Die nationalistische Ablehnung der Potsdamer Beschlüsse der Antihitlerkoalition, der "Siegerjustiz" der Alliierten und der Westbindung der BRD ermöglicht nicht nur eine Schnittstelle zur linken "Globalisierungskritik" und der Kritik am "US-Imperialismus" – vgl. etwa das Interview mit Michael Hardt⁴⁴ –, sondern führt auch zu konkreten außenpolitischen Vorstellungen (im Jargon der JF "Geopolitik" genannt), die eine Achse Paris-Berlin-Moskau⁴⁵ (Alain de Benoist), den Austritt aus der Nato⁴⁶ (Dieter Stein) und eine antiatlantische europäische Politik im "Widerstand gegen den globalen Anspruch der Weltmacht USA"⁴⁷ fordern. Das Verständnis von Globalisierung erschöpft sich dabei in dem Kurzschluss, die Tendenzen zur Herausbildung einer Weltgesellschaft mit einer "globalen Amerikanisierung"⁴⁸ (Peter Scholl-Latour) gleichzusetzen.

Die Kurzformulierung des Selbstverständnisses der JF in ihrem Werbe-Flyer liest sich schließlich wie eine Zusammenfassung der Ideologie der Neuen Rechten, auch wenn die Implikationen sich dem "unvoreingenommenen" Leser erst durch konkretisierende Ergänzungen erschließen mögen:

"Die JUNGE FREIHEIT hält die große kulturelle und geistige Tradition der deutschen Nation in Ehren [welche Tradition? - ausschließlich die antidemokratische]. Ihr Ziel ist die politische Emanzipation Deutschlands [vom "Umerziehungsdiktat" der Alliierten und von der "Vormundschaft" der USA] und Europas [vom atlantischen Bündnis] und die Bewahrung der Identität [vor ethnischer "Vermischung" durch Immigration und vor allen "undeutschen" kulturellen Einflüssen] und der Freiheit der Völker der Welt [gegenüber dem Universalismus der Menschenrechte]."

Strategie und Taktik der Jungen Freiheit

⁴¹ Weißmann, zit. n. ebenda, S. 34

⁴² "Wir müssen damit aufhören, eine alternde Gesellschaft für charmant oder interessant oder lebenswert zu halten. Daß die jungen Männer die Zukunfts-Macher einer Nation sind, schlicht die Anzahl der "Söhne" also etwas über die Dynamik eines Volks aussagt, ist eine im kinderarmen Deutschland verdrängte Wahrheit. Wir brauchen mehr Kinder." Götz Kubitschek, JF 09/06 24. Februar 2006

⁴³ Vgl. z.B. den Artikel über Norbert Bolz (JF 22/06 26. Mai 2006); das Interview mit Robert Hepp (JF 16/06 14. April 2006); den Artikel von Michael Wiesberg, "Das Karlsruher Urteil zur Homo-Ehe trägt zur Zerstörung der Familie bei" (JF 31-32/02 26. Juli 2002)

⁴⁴ JF, 37/03 05. September 2003

⁴⁵ <http://www.jf-archiv.de/archiv03/083yy01.htm> . "Benoist konstruiert einen Gegensatz zwischen Ökonomie – die neoliberale globale Deregulierung als US-Interessenpolitik identifiziert – und einer zu schaffenden europäischen Politik eines europäischen Volkes, deren Schwerpunkt nicht auf den "Werten des Marktes" liegen dürfe. Entsprechend kritisiert er die derzeitige Politik der europäischen Union." (Nation statt Demokratie, a.a.O., S. 130)

⁴⁶ "Afghanistan-Krieg. Paradigmenwechsel", JF 47/01 16. November 2001

⁴⁷ Vgl. Nation statt Demokratie, a.a.O., S. 39

⁴⁸ Vgl. Dieter Stein, Tragödie des Westens, JF 39/01 21. September 2001

Für die öffentliche Forderung nach einer gesellschaftlichen Umwälzung im Sinne einer "konservativen Revolution" durch die Neuen Rechten stehen die historischen Umstände zurzeit offenbar ungünstig. So führt die JF den Begriff im Moment nicht in ihrem Repertoire, während sie ihn 1992/93 noch als Slogan zur Abonnentenwerbung verwendet hatte. Stattdessen versucht sie, mit verschiedenen Methoden Einfluss im öffentlichen Diskurs zu gewinnen. Von Experten des Rechtsextremismus wird ihr deshalb das Streben nach 'Diskurshoheit' bzw. 'kultureller Hegemonie' bescheinigt.⁴⁹ Dagegen erhebt die JF wiederholt empört Einspruch. Diskurshoheit, kulturelle Hegemonie bzw. "Meinungsführerschaft" oder "Meinungsdiktat" – wie es im Jargon der JF heißt –, werden als unerlaubte Beugung des Pluralismusbots immer den "Anderen" vorgeworfen. So behauptet die JF beispielsweise:

"Die derzeitige Lage - eine fast völlige kulturelle Hegemonie der Linken, die kaum eine echte Debatte in den Universitäten oder in der Presse zuläßt - verspricht wenig Hoffnung für die Zukunft. Von einem intellektuellen Gleichgewicht zwischen Liberalen und Konservativen kann jedenfalls keine Rede sein."⁵⁰

Tatsächlich beruft sich Alain de Benoist in seinem Buch "Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite"⁵¹, explizit auf Gramscis Begriff der "kulturellen Hegemonie" zur Ausarbeitung seiner eigenen Strategie der Neuen Rechten. Allerdings hat der Buchdienst der JF das Werk vorsichtshalber nicht im Angebot, vermutlich, weil dieses "revolutionäre" Konzept derzeit in den aktuellen legalistischen Kurs nicht gut hineinpasst. (de Benoist ist im Buchdienst jedoch mit immerhin 13 Titeln in deutscher Sprache vertreten, u.a. mit Biografien über Armin Mohler und Carl Schmitt.)

Die aktuelle Strategie der JF wird derzeit in einem Konzept "Kampf um die Begriffe" von Götz Kubitschek formuliert, das die angebliche kulturelle Hegemonie der Linken brechen soll. Dabei geht es um die (Re-)Definition der Begriffe "Identität", "Kultur", "Volk", "Nation" und "deutsch", aber auch um die Wiederaufbereitung und –einführung von Begriffen, die aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden sind und die moderne Begriffe – vornehmlich aus dem Bereich der Soziologie – verdrängen sollen:

"Wer ernsthaft über nationale Identität reden will, muß zuerst einmal den „Kampf um die Begriffe“ führen. Er muß die Auseinandersetzung um die Frage nach den Standards, wie öffentlich geredet und gedacht werden darf, annehmen. Er muß Begriffe wie „Person“, „Sittlichkeit“, „Gemeinschaft“, „Nation“, „Kultur“, „Geschichte“ oder „Delinquenz“ wieder fruchtbar machen und andere Begriffe wie „Rolle“, „Systemprozeß“, „Devianz“ oder „Selbstverwirklichung“ außer Kurs zu setzen versuchen. Diese Auseinandersetzung muß geführt werden, weil Nation, Sittlichkeit, Geschichte und Kultur im universellen Raster der „Gesellschaft“ keinen Platz haben. Es kommt deshalb nicht von ungefähr, daß bestimmte Begriffe im „öffentlichen Diskurs“ nicht mehr vorkommen, ja als verpönt gelten. Ohne daß es den Deutschen bewußt geworden sein dürfte, wurden ihnen mittels des Gesellschaftsbegriffes bestimmte Fragen an die Wirklichkeit schlicht abgewöhnt. Wer diese Fragen dennoch stellt, wird aus dem gesellschaftlichen Diskurs schlicht ausgeschaltet."⁵²

Es bedarf keiner besonderen Intelligenz, um die rhetorische Figur vom "Abgewöhnen bestimmter Fragen" als eher peinliche und penetrante Larmoyanz von Vertretern einer ideologischen Minderheit zu durchschauen. Wenn Begriffe im 'öffentlichen Diskurs' keine Bedeutung mehr haben, liegt eher die Annahme nahe, dass sie anachronistisch sind und ausgedient haben. Lächerlich erscheint die Vorstellung, das Denken "der Deutschen" funktioniere wie der

⁴⁹ Vgl. z.B. Wikipedia-Artikel http://de.wikipedia.org/wiki/Junge_Freiheit und Bericht des Landesamts für Verfassungsschutz NRW http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/Verfassungsschutzbericht_2004.pdf

⁵⁰ Liberale Hegemonie in Bedrängnis, JF 21/05 20. Mai 2005)

⁵¹ Alain de Benoist: Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite. Mit einem Vorwort von Armin Mohler. Krefeld 1885

⁵² Michael Wiesberg, Der Kampf um die Begriffe hat begonnen. Nationale Identität IV ..., JF 38/01 14. 9. 2001

Speichelfluss pawlowscher Hunde, und man möchte meinen, dass sich jeder gegenüber dieser impliziten Unterstellung empört verwahren würde, die von jedem, der (noch) nicht im Besitz der 'Wahrheiten' der Neuen Rechten ist, behauptet, er habe sich das unabhängige Fragen abgewöhnen lassen. Trotzdem erhält diese Dummheit weiterhin prominente Fürsprecher. Der als Islam- und Asienexperte geltende Journalist und Bestsellerautor Peter-Scholl-Latour ist nur ein Beispiel dafür:

"Die JF bedeutet für mich, daß es noch unabhängige Geister in der deutschen Medienlandschaft gibt und Journalisten, die das Risiko eingehen, gegen den Strom zu schwimmen", lässt er sich im Werbeflyer der JF als Referenz zitieren. Auf einen kritischen Artikel im Spiegel⁵³ daraufhin, jammert er in einem JF-Interview über seine Kollegen: "Leider ist unter den deutschen Journalisten die - stets variierende - Political Correctness zur obersten Leitschnur geworden."⁵⁴ Scholl-Latour darf entgegen der Behauptungen der Neuen Rechten durchaus öffentlich sagen, was er will, nur kommt er anscheinend nicht damit zurecht, dass zur Freiheit der Meinungsäußerung auch gehört, dass er für seine Meinung ebenso öffentlich kritisiert werden darf.

Mit welchem anachronistischen Inhalt z.B. der Begriff 'Identität' wieder aufgeladen werden soll, formuliert Götz Kubitschek:

"Wir müssen Grundsätzen und Begriffen ihre Bedeutung und ihre definitorische Kraft zurückgeben. Identität etwa ist keine Privatangelegenheit. Sie ist nicht herstellbar, kein Akt der freien Entscheidung, kein Griff in einen Puzzlekasten. Das Kollektive, das Wir als Größe, der man nicht enttrinnen kann, kehrt mit Macht zurück. Wir müssen das "Wir" definieren und vom "Nicht-Wir" scheiden."⁵⁵

Die JF verfolgt derzeit eine Taktik, ihre Strategie der "Kulturrevolution von rechts" zugunsten eines Kurses zu verbergen, der sich um die eigene Integration in den konservativen Rand des demokratischen Spektrum bemüht. Besonders mit dem Interview-Format ("Die Junge Freiheit im Gespräch mit ...") lässt sie sich durch prominente Gesprächspartner nicht nur ein generelles Demokratielabel verpassen, sondern arbeitet in ihrer Interviewpraxis auch geschickt die Übereinstimmungen ihrer eigenen Positionen mit dem jeweiligen Partner heraus und markiert dadurch tatsächlich vorhandene Schnittmengen. So hofft sie, ihre Positionen zunächst als akzeptable Alternativen zur Politik der Berliner Republik vorzustellen.

So befindet das Landesamts für Verfassungsschutz BW in seinem Jahresbericht 2000 unter der Rubrik *"Intellektualisierungstendenzen in rechtsextremistischen Kreisen"*: *"Die Redaktion der JF ist dabei bemüht, extremistisches Gedankengut als 'national-konservatives' zu verschleiern und bedient sich hierzu immer wieder der Bereitschaft von Politikern und sonstigen Personen zu Interviews."⁵⁶*

Mit einigem Geschick für den richtigen Zeitpunkt zum richtigen Thema wählt die JF die richtigen Interviewpartner aus. So fand z.B. das Interview mit Peter Glotz zum Thema "Zentrum gegen Vertreibungen" zur Hochzeit der politischen Auseinandersetzungen um diesen Gegenstand statt und wählte mit ihm den SPD-Politiker, der zusammen mit der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, die gleichnamige Stiftung ins Leben gerufen hatte und damit auch in seiner eigenen Partei nicht unumstritten war.⁵⁷ Egon Bahr lud bereitwillig die JF in die Räume des Willi-Brandt-Hauses zum Interview just zum 15. Jahrestag des Mauerfalls über das Thema "Normale Nation".⁵⁸ Bahr versichert die JF dabei auch noch ungefragt seiner Hochachtung: *"Ich kenne keine deutsche Zeitung, die die Erinnerung an den 20. Juli so lei-*

⁵³ "JOURNALISTEN : Scholl-Latour lobt rechtes Blatt", DER SPIEGEL (24/2004) - 07.06.2004

⁵⁴ JF 25/04, 11. 6. 2004

⁵⁵ Es wird ernst. Kampf der Kulturen: Deutschland muß seine Zukunft als selbstbewußte Nation wollen, JF 09/06 24.2.06

⁵⁶ http://www.verfassungsschutz-bw.de/downloads/jabe/2000/jabe2000_kpl.pdf , S. 62

⁵⁷ "Auf das Pferd steige ich Ihnen nicht", JF 05/05 28. Januar 2005

⁵⁸ "Wir müssen lernen, wieder eine normale Nation zu sein", JF 46/04 05. November 2004

*denschaflich engagiert, so ernst und so ausführlich behandelt hat wie die Junge Freiheit.*⁵⁹ Und Michael Hardt ließ sich zum Zeitpunkt des beginnenden Irakkriegs zum "altmodischen Imperialismus der USA" interviewen, nachdem er gerade "Empire" mit herausgegeben hatte, das von der JF als "die Bibel der Globalisierungskritiker" angepriesen wird.⁶⁰

Wie man aus der Begründung der als "Junge-Freiheit-Urteil" in die Geschichte eingegangenen Entscheidung des BVerf.G ersehen kann, hat sich die Taktik des Interviewformats, mit "guten Sozialdemokraten" (FAZ) bzw. mit "*prominenten konservativen Politikern und Schriftstellern, die nicht im Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen stehen*" (BVG), "ins Gespräch zu kommen" und sie dadurch als Referenz für sich zu benutzen, sogar bis ins Verfassungsgerichtsurteil hinein ausgezahlt.

Die sich zunehmend an solchen Interviews entzündenden "Skandale" sind der JF dabei hoch willkommen, ja werden durch entsprechende Pressemitteilungen der JF sogar provoziert, da sie ihre Rede vom "Meinungsverbot" und dem "Mut" und der "Unabhängigkeit" der Zeitungsmacher unter solch 'schweren Bedingungen' zu bestätigen scheinen. Insofern erfüllt das JF-Interview gleich mehrere Funktionen. (Allerdings ist das nur geschickt und keine besonders rechtsextreme Praxis.)

Zuweilen entgeht den Mainstream-Medien aber auch der eigentliche Skandal einer Interview-äußerung. So wurden die Lobhudeleien, die der Schriftsteller Rolf Hochhuth dem Holocaust-Leugner David Irving in seinem JF- Interview angedeihen ließ, (*„sehr viel seriöser als viele deutsche Historiker“*⁶¹, *„fabelhafter Pionier der Zeitgeschichte“*⁶²) und die selbst die JF-Redakteure irritiert hatten, zwar mit Empörung quittiert, der eigentliche Skandal jedoch nicht bemerkt. Denn diese maßlosen Fehleinschätzungen durch einen Schriftsteller können kaum mehr Schaden anrichten. Die Zeiten, in denen die NPD mit der Aktion "Ich Esel glaube, dass Juden in Deutschland vergast wurden", Interesse wecken konnte, sind zum Glück vorüber, und selbst die NPD hat diese Strategie ihrer Wirkungslosigkeit wegen aufgegeben. Die eigentliche Beute, die die JF jedoch aus dem Hochhuth-Interview gezogen hatte und die auch der Anlass des Interviews gewesen war, war darüber undiskutiert geblieben: Hochhuth hatte zuvor dem Berliner Senat vorgeschlagen, die britische Botschaft aus ihrem Gebäude in der Wilhelmstraße zu kündigen und dort stattdessen ein „Bombenkriegs-Museum“ einzurichten – zum angeblich "gerechten" Ausgleich für das Holocaust-Mahnmal. Hochhuth spricht von „der Würde des Ortes“ – gemeint ist die Wilhelmstraße –, die wegen der Sicherheitsabsperungen vor der britischen Botschaft nicht gewahrt wäre. „Die Würde des Ortes respektieren“, ist darum auch der Titel des JF-Interviews.⁶³ Worin könnte aber die "Würde" eines Ortes bestehen, der der Sitz und inzwischen ein Synonym für die deutsche Reichsregierung, genauer: der nationalsozialistischen Regierung (Wilhelmstraßen-Prozess) geworden ist? Deutlicher kann man den Geschichtsrevisionismus, der die deutschen Kriegsoffer an die Seite der Opfer des millionenfachen Massenmords stellt, den eben jene Reichsregierung angeordnet hatte, kaum präsentieren. Eine offizielle und deutliche Zurückweisung dieses ungeheuerlichen Vorschlags von Hochhuth gab es nicht. Stattdessen wurde er öffentlich mehr oder weniger übergangen. Der Vorschlag mag zwar als "übertrieben" oder einfach "geschmacklos" empfunden worden sein, die Relativierung als solche ist jedoch beileibe kein randständiges Phänomen, also keine bloß lächerliche Verirrung eines politisch uninteressanten Schriftstellers oder etwa die unmaßgebliche Entgleisung einer marginalen Wochenzeitung. Sie ist Bestandteil eines öffentli-

⁵⁹ Ebenda

⁶⁰ "Wirkliche Demokratie kann nur global sein", JF 37/03 05. September 2003

⁶¹ Hochhuth in einem zweiten Interview mit der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“, vom 19. Februar 2005

⁶² "Die Würde des Ortes respektieren", JF 08/05 18. Februar 2005

⁶³ Ebenda

chen Diskurses um "die Deutschen als Opfer des zweiten Weltkriegs" und um die "Normalität", der seit den 90er Jahren in den ganz normalen Massenmedien breit geführt wird.

Hier zeigt sich das, was der Rechtsextremismus-Experte Thomas Pfeiffer die *"Doppelfunktion der Neuen Rechten als Avantgarde, mithin ebenso als Ideologieschmiede, und Brücke zur gesellschaftlichen Mitte"*⁶⁴ und der Politologe Wolfgang Gessenharter die *"Scharnierfunktion"*⁶⁵ der Jungen Freiheit nennt. *"Verwischen der Fronten"* nennen Alfred Schobert und Siegfried Jäger die Strategie der JF zur Erfüllung dieser Funktion.⁶⁶ Das Verflüssigen von Fronten oder Grenzen ist jedoch keine einseitige Unternehmung. Solange die JF sich auf Zitate, Interviewäußerungen, Buchveröffentlichungen und Artikel in den Zeitungen der "konservativen Mitte" wie der FAZ unwidersprochen berufen kann, verwischt sie keine Grenzen, sondern markiert lediglich tatsächlich vorhandene Schnittmengen gemeinsam geteilter Positionen in der Sache. Die Anschlussfähigkeit wird dabei von der "Mitte" bereitgestellt.

Solche Schnittmengen offenbaren sich in den Interviews z .B. bei Egon Bahr in der gemeinsamen Reklamierung eines "normalen Nationalbewusstseins", bei Eckhard Henscheid im antisemitischen Affekt, bei Hochhuth ist es die ihm eigene schrille Ambivalenz in der Bewertung der NS-Verbrechen, bei Peter Glotz das späte Comingout des Traumas eines vertriebenen Sudetendeutschen, der die Behauptung der JF, die Vertriebenen seien bisher gesellschaftlich verunglimpft worden, teilt. Dass die Interviews gegeben würden, um sich öffentlich mit den Positionen der JF auseinanderzusetzen, kann man nicht behaupten. Man operiert an der Schnittstelle gemeinsam geteilter Ansichten und überlässt "im Gespräch" die Führung brav und wie selbstverständlich der JF. Allein Peter Glotz hält auch während des Interviews Distanz und verwahrt sich gegen den penetranten Versuch, ihn für den Identitätsbegriff der JF zu begeistern: "Auf dieses Pferd steige ich Ihnen nicht". Die Möglichkeit jedoch, "im Gespräch" selbst offensiv zu argumentieren, nimmt auch Glotz gar nicht erst wahr.

Da sich die Fälle häufen, in denen Sozialdemokraten und unlängst auch eine Politikerin der Grünen, die Duisburger Bürgermeisterin Doris Janicki,⁶⁷ der JF "aufs Pferd steigen" und sich dabei nicht nur politisch unglaublich naiv in die Strategie der JF einbinden lassen, sondern auch noch ihre eigenen höchst peinlichen Meinungen offenbaren, musste die SPD *"in einer kürzlich präsentierten Broschüre zum Kampf gegen Rechtsextremismus gerade auch den eigenen Mitgliedern empfehlen (...) rechtsradikalen Blättern keine Interviews zu geben."*⁶⁸ Erst Recht peinlich. Janicki hatte gegenüber der JF offen über ihre Sicht der Probleme mit der "multikulturellen Realität" gesprochen. Den anschließenden Skandal versuchte sie mit dem Eingeständnis zu beschwichtigen, sie habe die 'Junge Freiheit' wohl mit der 'Jungen Welt' verwechselt und zudem versäumt, das Telefoninterview anschließend zu autorisieren⁶⁹. Aber mal ganz abgesehen von dieser dummen und politisch unbedarften Vorgehensweise: Wären denn dieselben Meinungsäußerungen, wofern sie anstatt in der JF in einer anderen Zeitung erschienen wären, etwas anderes gewesen? Bestätigen solche Vorfälle nicht geradezu den Verdacht, dass anstelle einer offenen inhaltlichen Auseinandersetzung mit rechten Positionen ein formal abgrenzen-

⁶⁴ <http://www.idgr.de/texte/rezensionen/gessenharter/neue-rechte.php>

⁶⁵ Gessenharter, Wolfgang / Pfeiffer, Thomas (Hg.): Die Neue Rechte - eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004, Rezension in: <http://www.idgr.de/texte/rezensionen/gessenharter/neue-rechte.php>

⁶⁶ Alfred Schobert und Siegfried Jäger in ihrer Einleitung zu dem von ihnen herausgegebenen Buch „Mythos Identität. Fiktion mit Folgen“, (Edition DISS Bd. 6, 2004) – hier bezogen auf Übereinstimmungen mit "vage gesprochen – 'linken' Positionen": "Mit dieser systematischen Öffnung (...) praktiziert die „Junge Freiheit“ genau das, was Alain de Benoist unter dem Schlagworten „Metapolitik“ und „querverbindende Denkweise“ propagiert und in seinen Texten als Diskursmix praktiziert, nämlich mittels solcher Brückenschläge politische Fronten zu verwischen".

⁶⁷ Die Bürgermeisterin von Duisburg, Doris Janicki "im Gespräch" mit JF, 36/05 02. September 2005

⁶⁸ <http://www.hagalil.com/archiv/2005/04/junge-freiheit.htm>

⁶⁹ Vgl. <http://www.tagesspiegel.de/meinung/archiv/07.09.2005/2035920.asp>

der Sprach- und Verhaltenscodex vor "Verwischungen" von "demokratischen" mit "extremistischen" Positionen schützen soll?

Das Motto des diesjährigen Sudetendeutschen Tags "Vertreibung ist Völkermord – dem Recht auf die Heimat gehört die Zukunft", wurde von keinem deutschen Politiker beanstandet. Bei einigen Politikthemen gibt es offenbar gar keine Grenzen, die die JF "verwischen" könnte. Kurt Nelhiebel, ehemals Nachrichtenchef bei Radio Bremen und Experte des Themas "Vertreibung", hält *"die Landsmannschaft (für) durchaus trendy. Das Motto passt genau in jene politische Grundströmung, mit der die neue Rolle Deutschlands in der Welt historisch abgefedert werden soll. (...) Das (20.) Jahrhundert soll in einem Nebel von Relativierung und Nivellierung versinken, aus dem die Deutschen als geschundene Opfer auftauchen, nicht besser als alle anderen, aber auch nicht schlechter."*⁷⁰

Eine weitere Schnittmenge ergibt sich mit dem Begriff des "nationalen Interesses". Dafür hat 2000 Karlheinz Weißmann im Gegensatz zu de Benoist – der mit seiner Imperialismus- und Globalisierungskritik eine Schnittstelle zur "Linken" offeriert – Abstand vom Konzept einer rechten Kulturrevolution genommen und sich vom Kurs der Globalisierungskritik abgewandt. Er sehe *"keine Möglichkeit, (...) dem Vorgang der Globalisierung zu entgehen", er sehe nur die Möglichkeit, die "Nation fit zu machen für den Konkurrenzkampf, der da auf uns zukommt"*.⁷¹ Weißmann ist damit derjenige Ideologe der JF, der die Anschlussstelle zur CDU und zu einer Außenpolitik bildet, die u.a. vom Bertelsmannkonzern verfolgt wird, der die "deutschen Interessen" gegenüber einer US-Dominanz militärisch behauptet wissen will.⁷² Weißmann startete *"im Jahre 2000 als Spiritus Rector des Instituts für Staatspolitik (IfS) eine Wertedebatte für besonders konservative Strömungen innerhalb der Unionsparteien, da „die CDU“, so konstatierte er im Ostpreußenblatt, „bis auf weiteres die einzige nichtlinke Partei von Bedeutung bleiben“ werde. „Nationalbewußte Kräfte in der CDU“ bedürften ideologischer „Schützenhilfe“, weil sich die CDU in einer „Orientierungskrise“ befände. Um dabei „die Medienblockade innerhalb kürzester Zeit zu überwinden“ – so Weißmann –, wurde eine „Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft“ in Hessen, dem neuen Sitz des IfS, initiiert und von der CDU erfolgreich aufgegriffen"*.⁷³

Eine Schnittmenge mit einem großen Teil der "demokratischen Mitte" besteht in der ethnisch homogenisierenden Auffassung vom Nationalstaat, verknüpft mit der weit verbreiteten Figur vom "Aussterben der Deutschen". Die Rede vom "Umkippen der Großstädte" (Hans-Peter Uhl, CSU) oder der Vergleich des Schicksals der Deutschen mit dem der Indianer (Roland Koch)⁷⁴ gelten durchaus nicht als "Entgleisungen" und führen nicht zu offiziellem Widerspruch. Herwig Birg, Prof. für Bevölkerungswissenschaft/Demografie an der Uni Bielefeld, der im C.H.Beck-Verlag und in der FAZ publiziert und seine Bücher vom "Buchdienst" der JF vertreiben lässt, ist Wortführer einer biologistischen Richtung der Debatte über das „Aussterben der Deutschen“. Er kämpft für die „Erhaltung des deutschen Genmaterials“. Björn Schwentker, einer der Autoren einer ZEIT-Serie über die Demografie-Debatte: *„Die FAZ räumt Birg gleich eine ganze Serie ein, in der er als alleiniger Autor und ohne Gegenstimme seine Ansichten in einem zehnteiligen Grundkurs Demographie verbreiten darf. Damit ist das Blatt in ungueter Gesellschaft: Im Internet findet sich kaum eine NPD-Seite, die nicht vor Äußerungen des Bielefelder Katastrophisten strotzt.“*⁷⁵

⁷⁰ Kurt Nelhiebel, Vertreibung und die Rhetorik des Völkermords, in: Blätter für deutsche und internationale Politik /7'06, S. 792

⁷¹ Ein neuer Nomos der Erde, JF 40/00, 29. September 2000

⁷² Vgl. z.B. <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56396/print?PHPSESSID=aloff1b6vboh92dhh791n35vt6>

⁷³ http://de.wikipedia.org/wiki/Karlheinz_Weißmann

⁷⁴ Vgl. Albrecht von Lucke, Der Wille zum Wir, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7'06, S.780

⁷⁵ http://www.zeit.de/2006/24/Demografie-1_xml?page=all

Das Vorhandensein solcher Schnittmengen ist auch der Hintergrund dafür, dass ehemalige Journalisten der Welt und der FAZ zur JF "überlaufen". Auch der langjährige Redakteur der Süddeutschen Zeitung, Peter Kunze, schreibt seit 1997 regelmäßig für die JF, wo er mit seinen sozialdarwinistischen Auffassungen willkommen ist.⁷⁶ Bedeuten diese Wechsel, dass diese Journalisten ihre Meinung geändert haben – oder bedeutet sie, dass jetzt nur deutlicher ausgesprochen wird, was schon immer gedacht wurde und was in der langjährigen Arbeit dieser Journalisten für die "demokratische" Presse niemanden gestört hatte?

Schnittmengen mit der äußersten Rechten werden im Gegensatz zu den Übereinstimmungen mit der konservativen "Mitte" in der JF jedoch diskret behandelt. Eine bewährte sprachliche Taktik der JF, die Gesinnungsgenossen aus der alt- und neurechtsextremen Szene ihrer ideologischen Übereinstimmung zu versichern und dies dabei für die demokratische Öffentlichkeit nicht allzu sichtbar werden zu lassen, ist die der Insinuation, der Andeutung des Gemeinten. Die Junge Freiheit *"kann inzwischen allerdings immer öfter - wenn auch nicht vollständig - darauf verzichten, die Inhalte näher auszuführen, und sich so gegenüber Außenstehenden als 'Unschuldslamm' präsentieren"*⁷⁷

Dass die JF mit Auffassungen und Zielen der NPD übereinstimmt, macht sie geschickt wiederum "im Gespräch" einerseits deutlich, während das Interviewformat sie jedoch andererseits davor schützt, mit den Aussagen juristisch identifiziert werden zu können. So verfährt die JF etwa in dem Interview mit dem Bundesgeschäftsführer der NPD, Frank Schwerdt, indem sie dessen zentrale Aussage *"Die NPD ist eine staatstragende Partei"* zur Überschrift wählt. Gleichsam stellvertretend für ihre eigene Staatsauffassung lässt die JF ihren Interviewpartner ausführen: *"Staatstragend ist die NPD auch heute noch, aber wir kämpfen gegen das politische System, welches sich in diesem Staat breitgemacht hat. Das politische System ist schließlich nicht der Staat. Diejenigen, die den Staat führen, repräsentieren nicht diesen Staat. Sie befinden sich leider nur zufällig an der Spitze."*⁷⁸

Die Entgegensetzung von einem – zu überwindenden – politischen System und dem Staat als quasi überhistorischer Repräsentanz der "Nation" gehört zum Kernbestand der Ideologie der Neuen Rechten ebenso wie derjenigen ihres historischen Vorbilds in der Weimarer Republik. Die Rede der Nationalsozialisten von den "Systemparteien" hatte hier ihre theoretischen Wurzeln.

Das Netzwerk der JF

Die JF stellt ihre Erfolgsgeschichte selbst *"angesichts (der) bedrohlichen publizistischen Ausdünnung, des Verlustes von Meinungsvielfalt und der zunehmenden Uniformität"* als *"ein Wunder"* und *"ein mutiges Beispiel für Eigeninitiative und das Vertrauen auf die eigene Kraft"*⁷⁹ dar. Obwohl der Herausgeber periodisch immer wieder um Unterstützung werben

⁷⁶ "Wenn Unterschichten-Kinder und ihre Eltern wegen Bewegungsmangels und falscher Ernährung immer mehr verfetten (...), durch ungebremsten TV-Konsum ihre geistigen Interessen veröden, wenn zwölfjährige Mädchen ahnungslos schwanger werden und ganze Sozialhilfeempfänger-Dynastien entstehen, muß man mit Konrad Lorenz eine körperliche und geistig-moralische "Verhausschweinung" des Menschen konstatieren. Hier helfen auch die sprachlichen Bemühungen nicht mehr, mit denen eine Political Correctness die Tatbestände zu bemänteln versucht: Da ist von "bildungsfernen" Schichten die Rede - doch wer, wenn nicht sie selbst, hält sie von Bildung fern? Da wird von "sozial Benachteiligten" gesprochen - doch wer benachteiligt sie, wenn nicht ihr eigenes Unvermögen?" Peter Kunze, "Wider die Gleichheitslüge", in JF22/06 26. Mai 2006

⁷⁷ Michael Puttkamer, zit. n. <http://www.idgr.de/texte/rezensionen/gessenharter/neue-rechte.php>

⁷⁸ JF 13/03 21. März 2003

⁷⁹ Flyer

muss, da sich die Zeitung nicht über Großanzeigen finanzieren kann, ist der Aufstieg der JF jedoch keineswegs nur "aus eigener Kraft" – etwa der des "mutigen" Journalisten und Unternehmers Stein – gelungen, wie suggeriert wird. Die JF, die seit 1996 auch im Internet auftritt, wurde von rechten Organisationen und Personen systematisch zum Zentrum eines sich ausbreitenden Netzwerks entwickelt, das in den letzten Jahren nicht nur die meisten – wenn nicht gar alle – rechten und rechtsextremen Personen, Verlage, Vereine, Verbände, Institute, Stiftungen und spezifisch rechte Organisationen wie Gilden und Burschenschaften in Deutschland zusammenbindet, sondern mit der JF auch über ein Modul mit mehreren Anschlüssen in die Außenwelt verfügt.

Um diese Modulfunktion erfüllen zu können, werden Themen, Tenor und Begriffe der redaktionellen Beiträge sowie das "Gesamtdesign" der Zeitung (Anzeigen, Interviewpartner, Gastbeiträge, prozentuales Verhältnis von rechts-konservativen zu rechtsextremistischen Artikeln, Eigendarstellung, Pressemitteilungen und Nachrichtenauswahl, sowie öffentliche Auftritte) laufend an das von der demokratischen Öffentlichkeit aktuell Akzeptierte einerseits und an das von den Mainstream-Medien gerade thematisch Favorisierte andererseits angepasst, und zwar nach dem Motto: Jede Gelegenheit ergreifen, dabei so viel Klartext wie möglich und so geschmeidig angepasst wie nötig. Dass diese Aufgabe offenbar äußerst geschickt bewältigt wird, zeigen die beiden Eingangsbeispiele der Leipziger Buchmesse 2006 und des Rechtsstreits mit den Verfassungsschutzämtern. Zufällig ist dieses Geschick jedoch nicht. Die JF verfügt mit ihren Autoren und Netzwerkkontakten über eine große Zahl "altgedienter" Politiker und Verwaltungsmitglieder, Universitätsangehöriger und anderer Wissenschaftler, Verleger, Banker und Journalisten – davon etliche hochrangige Ehemalige der "Mitte"-Presse – und last not least über gewiefte Juristen wie den ehemaligen Generalbundesanwalt von Stahl, die zusammen einen Expertenpool für alle verzwickten Fragen der Struktur und Funktionsweise des Politik-, Verwaltungs-, und Wirtschaftssystems, des öffentlichen Diskurses, der offiziellen Politikverlautbarung und – mitunter für das "System JF" lebensrettend – des juristischen Systems bereitstellen.

Ausgangsknoten des Netzwerks ist die Deutsche Gildenschaft (DG), die eine Nachkriegs-Wiederbelebung der 1920 gegründeten bündischen Korporation der Deutsch-Akademischen Gildenschaft (DAG) ist. Ihr Prinzip ist eine generationenübergreifende verpflichtende Kooperation. Die DAG hatte folgende Zielsetzungen: *"Die Deutsch-Akademische Gildenschaft ist der Zusammenschluß der Verbindungen von Deutsch-Völkischen Studenten, die aus dem Wandervogel und artverwandten Kreisen hervorgegangen sind. Die Gilden wollen durch Wanderfahrten, Turnen und Fechten ihre Mitglieder zu wehrhaften Männern erziehen. (...) Die Gilden verlangen von ihren Mitgliedern Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der deutschen Volksgemeinschaft und ein Leben in Reinheit und Wahrhaftigkeit"*⁸⁰. Gildenschafter der Gründungsgeneration halfen schon in den 20er und 30er Jahren jungen Akademikern ihrer nationalistischen Ideologiegemeinschaft – vor allem Geisteswissenschaftlern – auf die Karriereleiter. Zum Teil konnten diese nach einem steilen Aufstieg unter den Nationalsozialisten ihre Karrieren auch nach 1945 ungebrochen fortsetzen, wie die Historiker Theodor Schieder, Werner Conze oder der Mediävist Günther Franz, deren "Verstrickungen" mit dem NS-Regime erst in den 80er Jahren aufgedeckt wurden.

Dieter Stein ist seit seinem Studium Mitglied der Gilde Balmung, die zur DG gehört. Auch Karlheinz Weißmann, der in Göttingen Geschichte, Theologie und Erziehungswissenschaften studiert hat, zum Dr. phil. promovierte und als Lehrer arbeitet, ist Gildenmitglied. Er wurde Leiter des 2000 von der DG als "Wissenschaftsorganisation" gegründeten Instituts für Staats-

⁸⁰ Wandervogel, Heft 9/10, 1920, S. 213, zit.n. http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Gildenschaft

politik (IfS, oder INSTAPO)⁸¹. Vorbild ist das *"Politische Kolleg"* aus den 20er Jahren, *"eine Art privater Hochschule"*, wie Weißmann bemerkt, *'die Forschung, Information und Orientierung ausdrücklich miteinander verknüpfen sollte'*⁸². Im Ostpreußenblatt bezeichnet Karlheinz Weißmann das IfS als *"Reemtsma-Institut von rechts"*. Zweck des IfS ist die Veranstaltung öffentlicher Vorträge und "Akademien" sowie die Publikation von Büchern der Neuen Rechten. Die Gründung des Instituts wird 1999 öffentlich mit einem Interview Karlheinz Weißmanns in der JF vorbereitet. Darin erläutert er: *"... schließlich ginge es natürlich darum, den Schritt in die Öffentlichkeit zu machen, sagen wir mit einer Ausstellung 'Von der Größe der deutschen Geschichte', gefolgt von dem Projekt 'Deutschland als Schlachtfeld – Vernichtungsfeldzüge [!] gegen die Mitte Europas'*.⁸³

Das IfS gibt eine eigene wissenschaftliche Reihe von Heften heraus. In diesen "Heften" werden die Ergebnisse der fünf "Arbeitsgruppen" des Instituts dokumentiert, die neben der Behandlung einschlägiger Themen wie "Nationale Identität", "Kriegs- und Konfliktforschung" – im Unterschied zur Friedensforschung –, und "Zuwanderung" vor allem die Gegner der Neuen Rechten beobachten und zur Schärfung der eigenen Strategie beitragen.⁸⁴

Die "Sommer-" und "Winterakademien" dienen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Deren Themen waren bisher "Krisen", "Mythos", "Geschlechter", "Globalisierung", "Krieg", "Identität".

Für die Publikation von Büchern wurde der Verlag "Edition Antaios"⁸⁵ (Eigentümer: Götz Kubitschek) gegründet. Heute werden 44 Publikationen dieses Verlags im Buchdienst der JF neben deren eigener "Edition JF" angeboten, man bewirbt sich gegenseitig. Einige Autoren publizieren in beiden Verlagen sowie regelmäßig in der Wochenzeitung JF. In der Edition Antaios werden u.a. Ernst Nolte, Bernd Rabehl, Armin Mohler, Karlheinz Weißmann, Johannes R. Bieberstein (*"Der jüdische Bolschewismus"*) Götz Kubitschek – ebenfalls Gildenschafter – (*"Unsere Zeit kommt"*), eine Reihe über Ernst Jünger, eine *"Trilogie der deutschen Tragödie"* (*"Nürnberg, Tribunal der Sieger"* – *"Der Endkampf"* – *"Die Besiegten"*) verlegt.

Helmut Kellershohn zieht für den inneren Kreis des neurechten Netzwerks folgendes Fazit: *"Sechs Jahre nach dem Umzug der 'Jungen Freiheit' nach Potsdam bzw Berlin und ihrem Erscheinen als Wochenzeitung war die Gründung des 'Instituts für Staatspolitik' der zweite und die der 'Edition Antaios' der dritte 'Paukenschlag' jungkonservativer Intellektueller aus den Reihen der Deutschen Gildenschaft gewesen. Damit ist ein Netzwerk von Einrichtungen entstanden, die arbeitsteilig miteinander kooperieren. Sie sind jeweils spezialisiert auf unterschiedliche Kampffelder. Die JF konzentriert sich auf die Medienöffentlichkeit, das INSTAPO widmet sich den Bereichen Wissenschaft und Weiterbildung sowie der Politik- und Medienberatung; die Edition übernimmt die Publikation von Arbeitsergebnissen, die im Kontext dieses Netzwerks entstehen und insbesondere aus der Arbeit des Instituts resultieren."*⁸⁶

Über Personen und kooperative Aktivitäten (Referenten, Unterstützung bei Aktionen) ist die JF auch mit dem "Studienzentrum Weikersheim" vernetzt. Das "Studienzentrum" im Schloss Weikersheim – gegründet 1979 von Hans Filbinger, dem ehemaligen Nazirichter und späteren

⁸¹ <http://www.staatspolitik.de/>

⁸² Nation statt Demokratie, a.a.O., S. 77

⁸³ Ebenda

⁸⁴ Die Hefte tragen z.B. folgende Titel: "Kritik als Ideologie. Die 'Kritische Diskursanalyse' des Duisburger Institutes für Sprach- und Sozialforschung."; "Die Erosion der Mitte. Die Verflechtung von demokratischer und radikaler Linker im 'Kampf gegen Rechts' am Beispiel der Amadeu Antonio-Stiftung"; "Der Aufstand der Anständigen. Hintergründe und Erklärungsansätze"; "Politische Kampagnen. Erfolg und Mißerfolg in der 'Leitkulturdebatte' und im 'Antisemitismusstreit'"

⁸⁵ <http://www.edition-antaios.de/>

⁸⁶ Nation statt Demokratie, a.a.O., S. 93

Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg – hat eine ähnliche Funktion wie das IfS: Es veranstaltet Seminare, Tagungen und Kongresse zur Europa- und Deutschlandpolitik. *"Albrecht Jebens, ehemaliger Geschäftsführer des Instituts und persönlicher Referent Hans Filbingers, erklärte 1996, das Studienzentrum sei mit dem expliziten Auftrag gegründet worden, die in den 1970er Jahren nach Eindruck konservativer Kreise entstandene kulturelle Hegemonie des links-liberalen Lagers zu brechen und eine „geistig-moralische Wende“ in Deutschland einzuleiten."*⁸⁷ Finanziert wird es mit Spenden der Industrie sowie Fördermitteln der Bundeszentrale für Politische Bildung. Präsident des Studienzentrums von 2001 bis 2003 war Klaus Hornung, ein führender Kopf der Neuen Rechten sowie regelmäßiger Autor in der JF. Vizepräsident ist derzeit Jörg Schönbohm, Innenminister von Brandenburg. Günter Rohrmoser, wichtigster Autor der "Weikersheimer Blätter", war Berater von Franz Josef Strauß und Hans Filbinger und gilt als "Hausphilosoph" ("Das Elend der Kritischen Theorie") des Studienzentrums. Zu seinem 70. Geburtstag ließ er sich die Laudatio von Horst Mahler halten, der in seiner Rede *"Deutschland zu einem 'besetzten Land', erklärte, das sich von der 'Schuld knechtschaft' zum aufrechten Gang seiner 'nationalen Identität' befreien müsse. In einem Interview mit der Jungen Freiheit erklärte Rohrmoser, seine und Mahlers Positionen seien identisch, und lobte Mahlers Haltung als 'national-christlichen Konservativismus'."*⁸⁸ Auch Götz Kubitschek trat als Tagungsveranstalter im Studienzentrum auf. Wiederholt musste sich das "Studienzentrum Weikersheim" von Autoren und Referenten trennen, wenn deren Mitgliedschaften und Kontakte zur rechtsextremen Szene ruchbar geworden waren (wie etwa von Uli Boldt, der gleichzeitig Kader der "Nationalen Front (NF)" war und als Anmelder für Rudolf-Heß-Gedenkmärsche fungiert hatte).

Ein weiterer Knoten im Netz ist der 1953 gegründete Grabert-Verlag, einer der größten rechtsextremen Verlage in Deutschland, mit seinem Tochter-Unternehmen, dem "Hohenrain-Verlag". *"Bereits 1950 hatte Grabert den 'Verband der nichtamtierenden (amtsverdrängten) Hochschullehrer' gegründet, um die Rehabilitierung solcher Universitätsdozenten zu erreichen, denen man auf Grund ihrer politischen Verstrickung in den Nationalsozialismus die Rückkehr an die Universität verweigerte."*⁸⁹ Im Grabert-Verlag publizieren u.a. Alain de Benoist, Hans-Helmut Knütter, sowie Heinrich Lummer – wichtige Autoren auch in der JF.

Gute Beziehungen über gemeinsame Autorenschaft (de Benoist, Armin Mohler, Andreas Mölzer) bestehen außerdem zu der ältesten rechtsextremen Zeitschrift "Nation und Europa", die 1951 von dem ehemaligen SS-Sturmbannführer und Chef der Bandenbekämpfung im Führerhauptquartier, Arthur Ehrhardt gegründet wurde und eng mit dem Grabert-Verlag kooperiert. In dieser Zeitschrift hatte Franz Schönhuber (Republikaner) eine eigene Kolumne. Daraus eine Kostprobe: *"Das 'Unheil des amerikanisch-israelischen Weltherrschaftsanspruchs' liegt 'in der Allianz der puritanischen angloamerikanischen Oberschicht mit jenen kapitalkräftigen jüdischen Kreisen der Ostküste, die sich als Finanziere der Politiker betätigen und diese für ihre Zwecke einspannen'. In einer anderen Ausgabe behauptet Schönhuber, Globalisierung bedeute 'Amerikanisierung plus Judaisierung'."*⁹⁰ In einer wohlwollenden Rezension bewirbt die JF die rechtsextreme Zeitschrift: *"Ob NE die Chance nutzt, zu einem modernen rechten Monatsjournal zu werden, mit einer Mischung aus differenzierten Politik-Kommentaren, aktueller Kulturdiskussion und einigen "Szene"-Berichten und Insider-Meldungen, dazu mit einem ansprechenden neuen Design versehen, ist noch offen. Es wäre der Zeitschrift jedoch zu wünschen."*⁹¹

Der "Anti-Antifa"- Stratege und Hausautor der JF, Hans Helmuth Knütter, der Grabert-Verlag-Eigentümer Wigbert Grabert, sowie Andreas Mölzer sind neben anderen prominenten

⁸⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Studienzentrum_Weikersheim

⁸⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/G%C3%BCnter_Rohrmoser

⁸⁹ http://lexikon.idgr.de/g/g_r/grabert-verlag/grabert-verlag.php

⁹⁰ Zit. n. http://lexikon.idgr.de/n/n_a/nation-europa/nation-europa.php

⁹¹ "Eine Scheu vor Kultur", JF 47/98 13. November 1998

Rechtsextremen wie etwa Alfred Mechttersheimer, David Irving und Hans-Dietrich Sander ("Nation und Europa") regelmäßig Referenten bei Veranstaltungen der "Gesellschaft für Freie Publizistik", die 1960 von dem ehemaligen stellvertretenden Reichspressechef der NSDAP, Helmut Sündermann, gegründet wurde. Auf dem Programm der Gesellschaft (GFP) stehen v.a. folgende Themen: Relativierung der Kriegsschuld, Leugnung des Holocaust, "Ausländerfrage" sowie Meinungsfreiheit für die "nationale Publizistik".⁹² Derzeit wird auf der Website vor allem für das geschichtsrevisionistische Nachschlagewerk "Der große Wendig. Richtigstellungen zur Zeitgeschichte" aus dem Grabert-Verlag geworben, sowie für "Mäxchen Treuherz Rechtsratgeber": *"Gerade in der jetzigen Zeit staatlicherseits geförderter Anti-Rechts-Hysterie soll dieses juristische Handbuch allen gutmeinenden und gutgläubigen nationalen Aktivisten ein hilfreicher Ratgeber sein, um Konflikten mit der Exekutive und Judikative des freiesten Rechtsstaates, der je auf deutschem Boden existierte, vorzubeugen."* Der Jahreskongress der GFP 2006 widmete sich in Bayreuth dem Thema: *"Sturm auf Europa"*, in den der Vorsitzende der GFP, Andreas Molau, mit der Behauptung einführte, einer *"zunehmenden bedrohlichen Masseneinwanderung aus Afrika und Asien"* müsse *"die gemeinsame Aufgabe der abendländischen Völker, ihre Identität zu bewahren"* entgegengesetzt werden. Andreas Molau, dem als Lehrer einer Waldorfschule 2004 die Lehrerlaubnis entzogen wurde, nachdem er in die NPD eingetreten, Redakteur des Parteiorgans "Deutsche Stimme" und Berater der Dresdner NPD-Fraktion geworden war, bescheinigte die JF den Märtyrerstatus eines "Geächteten".⁹³ Bis 1994 war Andreas Molau der Ressortleiter des Kulturteils der JF gewesen.

Diese Beispiele für die mal mehr, mal weniger engen Vernetzungen zwischen den verschiedenen alten und neuen rechtsradikalen personellen und institutionellen Knoten können im Rahmen dieser Arbeit genügen, um deutlich zu machen, dass es sich mit der JF keineswegs bloß um "die konservative Wochenzeitung aus Berlin" (FAZ), sondern um ein strategisches Instrument der Neuen – und alten – extremen Rechten handelt.

Thesen zum Umgang mit der JF

1

Die systematische Entwicklung der JF zu einem strategischen Knoten im Netzwerk der Neuen Rechten und zu einem Verbindungsglied zum Rechtsextremismus alter und neuer Provenienz einerseits sowie zur "konservativen Mitte" andererseits ist eine der rechten proaktiven Strategien. Angeboten wird die rechtsextreme Ideologie als umfassende Erklärung der Probleme der "Zweiten Moderne" und des "global change". Neben der Diagnose der Krise und der Erklärung ihrer Ursachen wird zugleich auch eine radikale Therapie offeriert. Die Attraktivität eines solchen Angebotspakets ist in Zeiten der Krise und des gesellschaftlichen Umbruchs kaum zu unterschätzen. Dass diese "Therapie" alles andere als ein radikales zukunftsweisendes Konzept ist, sondern im Gegenteil radikal in die Rekonstruktion nationalistischer Vergangenheit führt, bleibt bei denen unbegriffen, die in Ermangelung eines besseren Erklärungskonzepts und auf dem Hintergrund offenbar äußerst mangelhafter historischer Bildung am rechten Weltanschauungsangebot vermutlich schätzen, dass ihre Gegenwartsprobleme dort überhaupt thematisiert werden. In den "gebildeten" sozialen Schichten kann die JF mit der Strategie des "Kampfs um die Begriffe" – ebenso wie die NPD mit ihrer "4-Säulen-Strategie" in den "bildungsfernen" Schichten – deshalb besonders dort weltanschauliches Terrain erobern, wo drei Bedingungen zusammentreffen:

⁹² Vgl. den Internetauftritt der GFP <http://www.gfp-netz.de/>

⁹³ "Politisch motivierte Sippenhaftung", JF 48/04 19. November 2004

Erstens: Die herrschende Politik – sei es die der Regierung oder die der Opposition – bietet ein weltanschauliches Erklärungsvakuum. Dieses Vakuum entsteht dadurch, dass die offizielle Politik die bestenfalls bloß irritierenden, schlimmstenfalls existentiell bedrohlichen Folgen der globalen gesamtgesellschaftlichen Umwälzungen für die Individuen entweder herunterspielt oder sie unausgesprochen den Individuen selbst als Konsequenz ihres individuell "falschen Verhaltens" anlastet, während sie den irreversiblen weltweiten Charakter der gesellschaftlichen Umwälzungsprozesse weitgehend ignoriert und zu einer bloß ökonomischen Standortkonkurrenz herunterdefiniert. Immer neue Versuche, alte, in der Umbruchsituation untaugliche Steuerungsinstrumente einzusetzen mit dem Versprechen, die Arbeitslosenzahl zu minimieren, stoßen dabei auf immer weniger Vertrauen in der Bevölkerung, was sich nicht nur in Wahlabstinenz, sondern auch in einer zunehmenden Gleichgültigkeit gegenüber den historisch derzeit noch vorherrschenden Ausformungen der Demokratie generell äußert.

Zweitens: Die linke Opposition verharret – wie tendenziell in den Gewerkschaften und in linken "Antiglobalisierungs"-Kreisen – im defensiven "Nein" gegenüber den Zerfallsprozessen, mit denen die Entwicklung einer Gesellschaft einhergeht, die vorläufig Informationsgesellschaft oder Wissensgesellschaft genannt werden kann. Beide – die Regierungspolitik ebenso wie die Politik der Oppositionsparteien – treffen sich dabei in ihrer Ignoranz der Unumkehrbarkeit der globalen Umwälzung infolge einer neuen Stufe der Produktivkraftentwicklung durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Wohl wird von Wissensgesellschaft ständig gesprochen – etwa, wenn es um die Ressorts Bildung und Wissenschaft geht. Gleichzeitig wird jedoch der radikale, alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende Charakter der globalen Entwicklung und das Erfordernis, auf diese Radikalität der Entwicklungsprozesse mit ebenfalls radikalen, völlig neuen Konzepten antworten zu müssen, ignoriert. Die zunehmende Orientierungslosigkeit⁹⁴, die weite Kreise der Bevölkerung daher zu Recht befällt, wird nicht als notwendiges Symptom infolge realer Zerfallsprozesse, sondern als bloß individuelle psychische Insuffizienz oder gar als Wahrnehmungsstörung gedeutet, die mit Aufmunterungskampagnen ("Durch Deutschland muss ein Ruck gehen", "Du bist Deutschland") therapiert werden soll. Die realen Zerfallsprozesse verlangen jedoch nach einer realen grundlegenden Neuorientierung.

Drittens: In der Politik der "Mitte" und im Mainstream-Mediendiskurs werden laufend diejenigen Sichtweisen gefördert, die Schnittmengen mit der Neuen Rechten darstellen und in denen Abgrenzungen infolge der Tendenz zur Vereinfachung schwierig werden: Dazu gehören nicht nur das Gerede von der endlich erreichten "Normalität" und der Popanz vom "Aussterben" der Deutschen. Die Haupt-Übereinstimmung besteht in der neuen Reklamation eines "Nationalgefühls", einer "nationalen Identität", die es quasi naturhaft immer geben oder "jetzt endlich" wieder geben müsse, und das ausgerechnet in einer Zeit, in der der Nationalstaat zwar noch nicht obsolet geworden ist, in der jedoch abzusehen ist, dass er in Zukunft immer weniger Bedeutung haben und zugunsten einer suprastaatlichen Organisation von Gesellschaft – Weltgesellschaft – wenn nicht verschwinden, so doch zumindest völlig seine Bedeutung verändern wird. Alle Entstaatlichungsprozesse, die wir derzeit schon in vielen Bereichen beobachten können, deuten auf eine solche Zukunft hin. Diese Prozesse finden zwar in erster Linie, schon seit längerer Zeit und am konsequentesten bisher in der Wirtschaft statt, sind jedoch auch im politischen und juristischen System zu finden. Aber anstatt auf diese Entstaatlichungsprozesse etwa mit einer Redefinition der Aufgaben des Staates zu reagieren, wie es z.B. der Systemtheoretiker Helmut Willke⁹⁵ fordert, wird von allen (!) politischen Parteien

⁹⁴ Vgl. die Befunde von Wilhelm Heitmeyer und seiner Forschungsgruppe, z.B. Sandra Hüpping "Anomia. Unsicher in der Orientierung, sicher in der Abwertung", in: Deutsche Zustände. Folge 4, hrsg. v. Wilhelm Heitmeyer, FfM 2006

⁹⁵ Vgl. z.B. in Helmut Willke, Atopia. Studien zur atopischen Gesellschaft, FfM 2001

und Gruppen die Nationalstaatlichkeit bekräftigt, die anachronistische Stärkung der nationalstaatlichen Verfasstheit der Gesellschaft in den Köpfen ideologisch festgeklopft und spätestens seit der Fußballweltmeisterschaft auch noch die Rückkehr zum patriotischem Gefühlskollektiv bejubelt. Selbst Gregor Gysi nennt das Fehlen "patriotischer" Gefühle "antideutsch", "steht beim Erklängen der Nationalhymne auf", schwätzt vom "normalen unverkrampften Verhältnis zum eigenen Land" und reklamiert eine "deutsche Identität".⁹⁶ Das Problem ist dabei nicht, wie von den Kritikern der vorübergehend flächendeckenden Beflaggung der Republik befürchtet, dass dadurch etwa Auschwitz vergessen würde oder die Deutschen etwa "wegen Auschwitz" – also **wegen der Vergangenheit** – keinen Nationalstolz haben dürften: Das Problem ist vielmehr, dass es **wegen der Zukunft** nicht sinnvoll ist, im 21. Jahrhundert kollektiven Nationalstolz, nationalstaatlichen Patriotismus, "nationale Identität" – oder wie immer man es auch nennen mag – als Relikt des 20. Jahrhunderts zu restaurieren. Nicht nur wird damit ein für die Zukunftsfähigkeit notwendiger Umbau in der Vorstellung von Kollektivzugehörigkeiten der Zukunft – wie etwa die der globalen Internetcommunities oder der lokalen Nachbarschaftscommunities – vermutlich verfehlt. Auch die Abgrenzung zu rechtsextremen Varianten "nationalstaatlicher Gesinnung" wird dabei wohl immer schwieriger. Die gängige Rede davon, man dürfe Patriotismus und Nationalstolz nicht den Rechten überlassen, mit der behauptet wird, damit könne man Rechtsextremismus bekämpfen, ist nicht neu. Ebenso wenig neu ist aber auch die Erfahrung, dass mit diesem (auch noch unnötig) gemeinsam benutzten Terrain gerade die Akzeptanz rechter Ideologie als "normal" gefördert wird.

Eine taugliche Strategie "gegen rechts" bestünde also erstens in der Entwicklung und der Vermittlung von Gesellschaftsanalysen, die geeignet sind, die globalen Entwicklungstendenzen und ihre Wirkungen zu erklären, und von Politikkonzepten, die auf die Erfordernisse dieser Entwicklungen in der Weise reagieren, dass sie diese Entwicklungen mit dem Ziel einer Zunahme von Demokratie, individueller Freiheit und Lebensqualität von immer mehr Menschen gestalten können.

Vielversprechende Ansätze einer solchen Gesellschaftsanalyse sind dabei in der – von der Neuen Rechten gerade darum so vehement bekämpften – modernen Soziologie zu finden, in der Systemtheorie, der Medientheorie und der tätigkeitstheoretisch orientierten Organisationsentwicklungsforschung. Auf der Ebene der Politikkonzepte liegen im Bereich der Bildung beispielsweise schon seit 2003 mit der DeSeCo⁹⁷, der "Definition and Selection of Key Competencies for a Successful Life and a Well-Functioning Society" avancierte Formulierungen durch die OECD vor, die einer Implementierung in die bundesdeutsche Bildungswirklichkeit harren.

2

Spätestens mit dem Ausgang der Verfassungsrechtsklage der JF sowie des Vorfalls auf der Leipziger Buchmesse ist deutlich geworden, dass die Neue Rechte bzw. die JF nicht mit Ordnungsmaßnahmen und staatlichen Akten bekämpft werden kann. Jeder Versuch, die Positionen der Neuen Rechten äußerlich formal zum Verschwinden zu bringen, dürfte letztlich misslingen. So ist es überhaupt kein Wunder, dass ein nicht unerheblicher und vermutlich zunehmender Teil der deutschen Bevölkerung dem Rechtsextremismus "auf den Leim geht".⁹⁸ Ver-

⁹⁶ Gregor Gysi im Interview mit der Taz: <http://www.taz.de/pt/2006/06/22/a0160.1/text>

⁹⁷ <http://www.oecd.org/dataoecd/36/56/35693281.pdf>

⁹⁸ Vgl. z.B. Richard Stöss, der das Einstellungspotenzial mit geschlossen rechtsextremem Weltbild auf 15 Prozent der Bundesbürger beziffert, in: Gideon Botsch, Entpolitisierung des Rechtsextremismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2004, S 1290ff, <http://www.blaetter.de/artikel.php?pr=1907&such=Botsch>

suche der Ausgrenzung rechter und rechtsextremer Positionen durch formalisierte Verhaltenscodizes und Sprachregelungen – auf denen regelmäßig "Entgleisungen" stattfinden – haben sich nicht nur als untauglich in der Bekämpfung des Rechtsextremismus erwiesen, sondern scheinen ihm im Gegenteil in die Hände zu spielen

Infrage zu stellen ist auch, ob eine Übereinkunft, der JF keine Interviews zu geben, Sinn hat. Das wäre nur dann der Fall, wenn die JF sich um abwegige Themen bemüht, die im gesellschaftlichen Diskurs ansonsten keine Rolle spielen. "NS-Vergangenheit", "Normalität", "nationale Identität", "Aussterben der Deutschen", "Migrantenintegration", "Bildungsmisere" und "Globalisierung" sind jedoch nicht bloß keine Randthemen im öffentlichen Diskurs, sondern ständig präsente Problemfelder. Man kann ihnen in kaum einem gesellschaftlichen oder medialen Zusammenhang entrinnen, selbst wenn man es vermeiden wollte. Der "Kampf um die Köpfe", den die NPD ausgerufen hat, wird von den Neuen Rechten als "Kampf um die Begriffe" in Richtung anachronistischer Ziele zwar, aber nicht ungeschickt geführt. Als Befund einer Gesellschaftsanalyse erhoben, wäre der "Kampf um die Köpfe oder die Begriffe" eine zutreffende soziologische Erkenntnis. Denn er findet ständig statt. Also muss er auch öffentlich geführt werden – nur mit anderen Zielsetzungen! Das Schwanken der öffentlichen und offiziellen Reaktion auf die JF zwischen den beiden Seiten einer hilflosen Abwehrstrategie – einerseits die offensive inhaltliche Auseinandersetzung mit der Neuen Rechten zu scheuen, andererseits die vermeintliche Vereinnahmung dieser "Themen" durch die JF zu kritisieren und dabei auf jede Provokation hereinzufallen oder bloß noch defensiv zu reagieren statt offensiv proaktiv zu werden, wirkt sich so ganz im Sinne der Neuen Rechten um die JF aus.

Verloren ist dieser Orientierungskampf, wenn Politiker naiv und unvorbereitet in die Interviews mit der JF gehen, und sich nach dem Skandal um ihre Aussagen für ihre "Unbedachtlichkeit" oder ihre "Entgleisungen" entschuldigen, womöglich noch mit dem Argument, "die Gefühle der "(jüdischen) Opfer verletzt" zu haben – als ginge es dabei in erster Linie um deren "Empfindlichkeiten".

Verfehlt ist die Orientierungsaufgabe der demokratischen Gesellschaft aber auch, wenn die Auseinandersetzung mit den neurechten Positionen zu diesen Themen vermieden wird. Mit streitbarer Demokratie hat das nichts zu tun – es entspricht eher der Vogel-Strauß-Politik. Der Gegner ist nicht die JF, der „Gegner“ sind die Positionen, die sie vertritt, die anachronistischen Gesellschaftskonzepte und antidemokratischen, zukunftsfeindlichen politischen Auffassungen. Die Auseinandersetzung um JF-Positionen muss also offensiv und öffentlich geführt werden, weil es um die Erkämpfung, Klärung und gesellschaftliche Verallgemeinerung von wirklich zukunftssträchtigen Positionen der Menschen in der Republik geht. Und zwar nicht erst dann, wenn die JF es durch ihre Skandalmaschine erzwingt. Nur so kann man den Mechanismus, der für die JF immer wieder erfolgreich die "Märtyrerposition" bestätigt, aus den Angeln heben. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass man nicht etwa selbst Abgrenzungsprobleme aufgrund gemeinsam geteilter ideologischer Schnittmengen hat. Voraussetzung sind kluge Politiker.

Meinungsvielfalt

Was nun die von der JF behauptete "politisch motivierte Ausladung" von der Leipziger Messe und das angebliche Artikulationsverbot für rechte Gesinnung betrifft, gab es erst kürzlich verschiedene Absagen - die andere Seite betreffend: Ein Konstantin-Wecker-Konzert gegen Neonazis in einer Halberstadter Schule war Anfang März 2006 vom Landratsamt Halberstadt

verboten worden, weil der sich vor den Drohungen der NPD fürchtete. Der Landrat Rühle begründete, er müsse dann auch die NPD in Schulen auftreten lassen, und das wolle er nicht, denn die Jugend sei so leicht verführbar, und eine Schule sei keine Plattform für politische Ideologien.⁹⁹ Also aus Furcht vor Rechtsextremismus lieber gleich gar keine Politik? Mit einer ähnlichen Begründung war Anfang April eine Ausstellung der DGB-Jugend zur Aufklärung über die neuen Strategien des Rechtsextremismus aus dem Harburger Rathaus verbannt worden: Der Ortsamtsleiter entschied dort kurioserweise gleich "gegen eine Politisierung des Rathauses"¹⁰⁰. Ein weiteres frisches Beispiel erstaunlicher "Ausladungen" aus der Öffentlichkeit, findet sich in dem von der breiten Öffentlichkeit kaum bemerkten Vorfall um das neueste Werke des international renommierten italienischen Historikers und Radikaldemokraten Luciano Canfora. Der C.H.Beck-Verlag hatte seinen Vertrag mit dem Autor über die Herausgabe der deutschen Übersetzung des Buches "La Democrazia – Storia di un 'ideologia" (deutscher Titel: "Eine kurze Geschichte der Demokratie") in letzter Minute wieder gekündigt, u.a. mit der Begründung, Canfora habe in seiner Darstellung die Kontinuitätslinien zum Nationalsozialismus in der Gründungs- und Frühgeschichte der BRD betont.¹⁰¹ Abgesehen davon, dass Canfora hier eine Tatsache benannt hat, die auch unter deutschen Historikern längst breiter Konsens¹⁰² ist, handelt es sich um die Entscheidung des Verlags, sich nicht mit einer Veröffentlichung zu exponieren, die schon im Voraus zu Widerspruch und Diskussion geführt hatte. (Was könnte aber einer Veröffentlichung denn Besseres passieren?) Offenbar ein Fall für einen "Appell für die Pressefreiheit" von links? Ob Joachim Fest unterschrieben hätte? Wohl kaum.

Literatur

Junge Freiheit Links

Hauptseite: <http://www.jungefreiheit.de/>

Volltext-Recherche Archiv: <http://www.jf-archiv.de/online-archiv>

chronologische Archiv: <http://www.jf-archiv.de/chronoverteiler.htm>

JF Buchdienst online <http://www.jf-buchdienst.de>

Literatur über die Junge Freiheit:

IDGR - Lexikonartikel

http://lexikon.idgr.de/j/j_u/junge-freiheit/junge-freiheit.php

Wikipedia – Artikel http://de.wikipedia.org/wiki/Junge_Freiheit

⁹⁹ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,405168,00.html>

¹⁰⁰ Vgl. <http://lisarosa.twoday.net/stories/1900492/>

¹⁰¹ Vgl. die Dokumentation des Falles auf der Website des Papyrossa-Verlags, der im Mai 2006 die deutsche Ausgabe statt des C.H. Beck besorgte: http://www.papyrossa.de/aktuelles_direkt.htm

¹⁰² Vgl. z.B. Frank Stern, Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg, Gerlingen 1991, letzte Auflage 2002; und kürzlich Joachim Perels, Entsorgung der NS-Herrschaft. Beiträge zur unaufgearbeiteten Vergangenheit, Hannover 2004

Alexander Ruoff , Verbiegen, Verdrängen, Beschweigen, Die Nationalgeschichte der Jungen Freiheit, Münster 2001

Martin Dietzsch, Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn, Alfred Schobert, Nation statt Demokratie. Sein und Design der "Jungen Freiheit", Münster 2004

Stöss, Richard, Die "neue Rechte" in der Bundesrepublik,
<http://www.extremismus.com/texte/neuerechte.htm>

Gessenharter, Wolfgang / Pfeiffer, Thomas (Hg.): Die Neue Rechte - eine Gefahr für die Demokratie?, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, Rezension in:
<http://www.idgr.de/texte/rezensionen/gessenharter/neue-rechte.php>

Maegerle, Anton, "Junge Freiheit"- Autoren und ihr politisches Umfeld,
<http://www.idgr.de/texte/rechtsextremismus/medien/jf-autoren.php> (2003)